

Energie, die lieb und teuer ist

Landratswanderung: Eintauchen in Schifferstadts kalte Nahwärme. ► SEITE 9

Cocktail für eine Leiche

Bildung mit Biss: Hitchcock und seine Filmkompositionen. ► SEITE 11

Themenabend und Erzählcafé

Zwangsarbeit in Dudenhofen und der Vorderpfalz. ► SEITE 11

Donnerstag, 31. Oktober 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 254

WETTER

Donnerstag Freitag



8/14 6/15

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Energieeffizient und nachhaltig modernisieren

Angesichts steigender Energiekosten und des zunehmenden Umweltbewusstseins wird die Modernisierung von Immobilien immer wichtiger. Die Sparkasse Vorderpfalz bietet mit ihrem neuen Modernisierungrechner ein innovatives Tool, das Hausbesitzern hilft, die energetische Sanierung ihrer Immobilien zu planen.

► SEITE 11

Zertifizierung für Urologische Klinik des Klinikums Ludwigshafen

Bereits zum vierten Mal in Folge hat das European Board of Urology (EBU) die Urologische Klinik des Klinikums Ludwigshafen als anerkanntes Ausbildungszentrum zertifiziert.

► SEITE 12

INHALT

Lokal	9
Notrufe	10
Sudoku	10
Rätsel	10
Roman	12
Anzeigen	16

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690

www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:

Telefon 92690

info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:

Telefon 92690

anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:

Telefon 92690

redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:

www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien

www.facebook.com/

schifferstadter.tagblatt

Instagram

@schifferstadtertagblatt

linkedin

www.linkedin.com/company/

schifferstadtertagblatt

WhatsappKanal

Öffnungszeiten des

Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:

8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:

Montag bis Freitag von

8 bis 12 Uhr.

Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.



Chaos nach dem Unwetter: Von den Wassermassen übereinander geschobene Autos liegen in einer überfluteten Straße in Valencia.

Foto: dpa

Unwetterkatastrophe in Spanien

Ein Phänomen, das als „kalter Tropfen“ bekannt ist, fordert allein in der Region Valencia Dutzende Menschenleben

VALENCIA (dpa). Mindestens 95 Menschen sind bei einer Unwetterkatastrophe in Spanien ums Leben gekommen, die am Dienstagabend begann. Mindestens 92 Tote sind allein in der Region Valencia zu beklagen, wie die Regionalregierung auf Anfrage bestätigte. Zwei weitere Leichen wurden in der benachbarten Region Kastilien-La Mancha geborgen. Es wird derweil befürchtet, dass die Zahl der Opfer weiter ansteigen wird. Nach zahlreichen Vermissten wird intensiv gesucht. Allein in Paiporta könnte es Dutzende Tote geben, erklärte Bürgermeisterin Maribel Albalat gegenüber Medien.

Besonders schlimm ist die Lage in der auch bei Urlaubern sehr beliebten Region Valencia. Aber auch andere Mittelmeer-Anrainer-Regionen wie Andalusien und Murcia sind schwer betroffen. Die starken Regenfälle setzten unzählige Straßen, Gebäude und Felder unter Wasser. Straßen und kleinere Brücken brachen weg, Bäume, Autos und auch riesige Lastwagen wurden von den Wassermassen wie Spielzeug mitgerissen. Neben

heftigem Regen gab es Hagel und starke Windböen. Aus der andalusischen Küstenortschaft El Ejido unweit von Almería berichteten Einwohner von Hagelkörnern „so groß wie Golfbälle“.

Autobahnen und Landstraßen wurden gesperrt. Auch Flug- und Bahn-Verkehr wurden erheblich beeinträchtigt. Am Dienstag war ein Hochgeschwindigkeitszug auf dem Weg von Málaga nach Madrid wegen eines Steinsturzes entgleist. Verletzte gab es dabei nicht. Zahlreiche Menschen waren in Häu-

sern, Büros oder Einkaufszentren eingeschlossen. Die Menschen suchten auf Dächern von Autos und Häusern Schutz, die völlig vom Wasser umgeben waren. Bei den Such- und Rettungsarbeiten sind neben Feuerwehrleuten und Angehörigen des Zivilschutzes allein in Valencia über 1000 Kräfte der Militärischen Nothilfeinheit UME im Einsatz.

Eine Reporterin des TV-Senders RTVE sprach auf einer überschwemmten Straße, in der zerstörte Fahrzeuge teils übereinan-

dergestapelt lagen, von „kriegsähnlichen Szenen“. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez sprach den Betroffenen Mut zu und versprach schnelle Hilfe. „Wir werden alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen. Wir werden euch nicht im Stich lassen.“ Er fügte an: „Ganz Spanien weint mit euch.“

Die Europäische Union bot bereits Hilfe an. „Wir haben unser Copernicus-Satellitensystem aktiviert, um bei der Koordinierung der Rettungsteams zu helfen. Und wir haben bereits angeboten, unseren Katastrophenschutz zu aktivieren“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel.

Für die Katastrophe war der sogenannte „Kalte Tropfen“ verantwortlich. Es handelt sich um ein Wetterphänomen, das vor allem in der spanischen Mittelmeerregion in den Monaten September und Oktober häufig auftritt und mit den stark unterschiedlichen Temperaturen von Meer und Luft zusammenhängt. Der Wetterdienst Aemet in Valencia sprach in einer ersten Bilanz von einem „historischen Unwetter“. Es habe sich um den

schlimmsten „Kalten Tropfen“ (gota fría) dieses Jahrhunderts in der Region Valencia gehandelt.

Experten wiesen auch auf den vom Menschen verursachten Klimawandel hin. „Die Bilder aus Spanien sind erschreckend und zeigen in aller Klarheit: Der Klimawandel ist längst da und eine Gefahr für die Menschheit“, sagte Klimaforscher Niklas Höhne, der Mitbegründer des NewClimate Institute.

„Der Klimawandel ist längst da und eine Gefahr für die Menschheit.“

Niklas Höhne, Klimaforscher und Mitbegründer des NewClimate Institute

Verheerende Regenfälle würden durch die höheren Temperaturen immer stärker und wahrscheinlicher. Mit konsequenten Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes könne man aber noch die schlimmsten Folgen eindämmen und viele weitere Katastrophen zu verhindern.



Ein Mann in Valencia beginnt mit den Aufräumarbeiten an seinem von den Überschwemmungen betroffenen Haus. Foto: dpa

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

► vor Ihnen liegt die Ausgabe für Donnerstag, 31. Oktober, und Allerheiligen, 1. November. Die nächste Ausgabe Ihrer Zeitung erscheint am Samstag, 2. November, zur gewohnten Stunde.

Verlag und Redaktion

Wirtschaft wächst überraschend

WIESBADEN (dpa). Die deutsche Wirtschaft ist im Sommer unerwartet gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im dritten Quartal um 0,2 Prozent gemessen am Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt. Ökonomen hatten mit einem neuerlichen Rückgang gerechnet. Die Statistiker teilten mit, im dritten Quartal seien vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben gestiegen. Noch im zweiten Quartal war die Wirtschaft leicht geschrumpft. Viele Volkswirte hatten erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt nun das zweite Quartal in Folge schrumpft und damit in eine „technische Rezession“ abrutscht. Zum Jahresstart war Europas größte Volkswirtschaft leicht gewachsen, doch die erhoffte Erholung blieb zunächst aus.

Nur ein Ausreißer nach oben?

Die Unsicherheit über die Krise der deutschen Wirtschaft hat sich längst bei Unternehmen und Verbrauchern breitgemacht. Während sich viele Firmen mit Investitionen zurückhalten, halten Verbraucher ihr Geld trotz steigender Löhne zusammen. Schlüsselbranchen wie die deutsche Autoindustrie stehen unter großem Druck. Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer hält das Sommer-Plus für einen „Ausreißer nach oben“. Er sagt: „Die seit dem Frühjahr fallenden Frühindikatoren wie das Ifo-Geschäftsklima deuten unverändert auf ein schwieriges Winterhalbjahr.“

Auch nächster Industriegipfel ohne Habeck und Lindner

Bundeskanzler Olaf Scholz will an Format festhalten, FDP-Chef lädt erneut zu Gegenveranstaltung / Wirtschaft erwartet schnelle Ergebnisse: „Die Zeit drängt“

BERLIN (dpa). Das Gipfelduell zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) geht in eine neue Runde. Nur wenige Stunden nach der Ankündigung von Regierungssprecher Steffen Hebestreit, dass Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auch zum nächsten Industriegipfel im Kanzleramt nicht eingeladen sind, gab die FDP ein zweites eigenes Wirtschaftstreffen im erweiterten Kreis bekannt. Es soll schon am kommenden Montag statt-

finden. Damit gehen die Koalitionspartner bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise weiter ihre eigenen Wege.

Bereits am Dienstag hatten Scholz und Lindners FDP zu zwei getrennten Gipfeln eingeladen. Im Kanzleramt waren 13 Vertreter von Industrieverbänden, Gewerkschaften und ausgewählten großen Unternehmen dabei. Lindner und Fraktionschef Christian Dürr sprachen mit fünf Verbänden, die nicht am Kanzler-Gipfel teilnahmen. Scholz kündigte nach den beiden Treffen an,

einen „Pakt für die Industrie“ schmieden zu wollen. Der nächste Gipfel soll am 15. November stattfinden – wieder ohne Habeck und Lindner. Das Treffen sei im selben Kreis geplant wie das am Dienstag, sagte Hebestreit. Es könne allenfalls sein, dass noch „einzelne weitere Unternehmen“ hinzukommen. Nach dem 15. November soll es nach den Worten des Regierungssprechers mindestens noch ein weiteres Treffen in dem bisherigen Kreis geben. Zwischen-

durch sind zudem Gespräche auf Arbeitsebene geplant. Habeck und Lindner machen ihr eigenes Ding. Scholz hatte den Prozess vor zwei Wochen in einer Regierungserklärung in die Spur gebracht und damit seine Koalitionspartner verärgert. Habeck legte als Reaktion ein Impulspapier vor, in dem er einen milliardenschweren Fonds für mehr Investitionen forderte. Lindners FDP-Fraktion stellte kurzerhand den Gegen-gipfel auf die Beine.

Ein Sprecher Habecks trat dennoch dem Eindruck entgegen, dass die Ampel in der

Wirtschaftspolitik zerstritten sei. „Die Wirtschaftspolitik wird von der gesamten Bundesregierung betrieben“, sagte er. „Und es herrscht ja dort wirklich große Einigkeit. Alle wollen dasselbe. Die Wirtschaft muss vorankommen.“

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erwartet jedenfalls schnelle Ergebnisse zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. „Der Bundeskanzler ist jetzt kurzfristig in der Bringschuld“, erklärte Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner. „Wir haben kei-

ne Zeit zu verlieren.“ Es sei gut, dass der Bundeskanzler die Stärkung des Industriestandorts zur Chefsache mache, so Gönner.

BDI-Präsident Siegfried Russwurm war beim Gipfel am Dienstag dabei, ebenso wie die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Yasmin Fahimi. Sie sprach von einem sehr guten und konstruktiven Gespräch. Man habe gemerkt, dass auch die Vertreter der Wirtschaft ein starkes Interesse an praktischen Lösungen hätten.



KOMMENTARE



Unwetter in Spanien – Nach der Trauer ist Handeln angesagt

Von Jwens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

Die Bilder aus Spanien sind erschütternd. Sie erinnern an die Sturzbäche, die vor wenigen Wochen Teile Südosteuropas heimsuchten. Und natürlich an die apokalyptische Ahrflut vor gut drei Jahren. Das Wetterphänomen „Kalter Tropfen“, das jetzt in Spanien viele Dutzend Menschen in den Tod gerissen hat, gibt es seit Jahrtausenden. Gleiches gilt für das Genua-Tief, das im September bei seinem Zug gen Osten riesige Wassermassen nach Niederösterreich, Südpolen, Tschechien und Rumänien brachte. Alles schon mal dagewesen. Aber in dieser katastrophalen Intensität? Nein. Was wir erleben, sind unmittelbare Folgen des von Menschen gemachten Klimawandels.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: In den kommenden zwei, drei Jahrzehnten entscheidet sich, ob es der Menschheit gelingt, die Erderwärmung in einem einigermaßen beherrschbaren Rahmen zu halten. Wer vor den Folgen der Erderwärmung warnte, hatte lange ein Problem. Zwar werden die Weichen etwa für den dramatischen Anstieg des Meeresspiegels jetzt gestellt, allerdings kommt das Wasser so langsam, dass es erst in späteren Jahrhunderten kräftig an unseren Küsten nagen wird. Richtig ungemütlich, so schien es, werde es erst in ferner Zukunft, das Ganze sei letztlich das Problem künftiger Generationen. Das ist ein Irrtum. Klimaforscher können heute im Detail belegen, dass das weltweit anwachsende Zerstörungspotenzial extremer Wetterlagen unmittelbar auf den bisher schon erfolgten Temperaturanstieg zurückgeht. Wenn ein Tiefdruckgebiet heute viel mehr Regen aufsaugt als vor 50 Jahren, liegt das an den gestiegenen Temperaturen im Meer – zum Beispiel. Wetterextreme wie die jüngste Regenflut in Spanien sind das hässliche Gesicht der Klimakrise. Ebenso übrigens wie die katastrophale Dürre, unter der seit zwei Jahren große Teile Südamerikas leiden. Und wie die trocken-heißen Sommer 2018-2020, die unseren Wäldern einen großen Knacks gegeben haben.

Katastrophen fordern auf zum Innehalten. Doch müssen auf Trauer und Anteilnahme politische Konsequenzen folgen. Klimaschutz ist in Europa gerade ziemlich out. Das ist – bei allem Verständnis für andere Probleme – kurzsichtig und extrem fahrlässig. Alle seriösen Modelle sagen voraus, dass Europa in besonderem Maße unter einem weiteren Anstieg der Temperaturen leiden wird. Der todbringende „Kalte Tropfen“ über Spanien gemahnt uns, den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter endlich entschlossen voranzutreiben.



Hass gegen die Grünen: Der Rechtsstaat muss volle Härte zeigen

Von Aaron Niemeyer
aaron.niemeyer@vrm.de

Die Grünen stehen im Fokus von Hetze. Das zeigt sich in der Kriminalstatistik und es hat sich jüngst auf der Kirchweih im hessischen Mörfelden-Walldorf gezeigt: Symbolisch sollte dort eine Grünen-Strohfigur verbrannt werden. „Sollen sie hängen“, forderte ein Zwischenrufer. Der Mord an Walter Lübcke, der Terror von Hanau und der Tankstellen-Mord von Idar-Oberstein zeigen: Extremisten radikalieren sich online und morden in der echten Welt. Durch Propaganda wird erst die Grenze des Sagbaren und dann die des Machbaren verschoben. Damit aus Parolen auf einer Kirchweih keine Taten werden, muss der Rechtsstaat gegensteuern. Studien belegen: Abschreckung kann gegen Kriminalität helfen, wenn Ermittlungen eine zeitnahe Verurteilung folgt. Staatsanwaltschaften müssen Ermittlungsergebnisse der Polizei also konsequent verfolgen. Natürlich kann das Rechtssystem den Hass nicht alleine abfangen. Auch Bildung ist wichtig, wirkt jedoch nur langfristig. Ein Gesetzentwurf, den die Bundesregierung kürzlich beschlossen hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Angriffe gegen diejenigen, die „Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen“ übernehmen, sollen schärfer bestraft werden. Darunter soll die Bedrohung von Kommunalpolitikern genauso fallen wie Übergriffe gegen Rettungskräfte. Damit soll die Abschreckung verbessert und Anerkennung für die Arbeit der Betroffenen ausgedrückt werden. Und das ist der Punkt: Rechtsstaatliche Härte ist kein Selbstzweck. Sie ist angebracht, wenn sie zum Gemeinwohl beiträgt. Und das tut sie im Kampf gegen Extremismus mehrfach – denn wenn Kommunalpolitiker mit dem Hass alleine gelassen werden, schmeißen sie im schlimmsten Fall hin.

Steigen die Rundfunkbeiträge doch?

ARD-Chef aufseher Engelbert Günster warnt im Interview vor einer Unterfinanzierung der Öffentlich-Rechtlichen

MAINZ. Eigentlich müssten die Rundfunkbeiträge 2025 steigen, so hat es die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) festgestellt. Doch die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben vor einer Woche den Prozess gestoppt und Eckpunkte für eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks formuliert. Hörfunksender und Fernsehkanäle sollen abgeschaltet werden, um Geld zu sparen, Strukturen gestrafft werden – wie genau, ist noch nicht klar. Der oberste ARD-Aufseher Engelbert Günster blickt zumindest in Teilen kritisch auf die Beschlüsse der Ministerpräsidenten.

INTERVIEW

Herr Günster, beim Umbau des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks wollen die Länder zunächst über Reformen und konkrete Sparmaßnahmen reden und erst danach über die Höhe der Rundfunkbeiträge. Ist das der richtige Weg?

Ich begrüße, dass die Ministerpräsidenten sich auch daran gemacht haben, seitens der Politik konkrete Reformvorschläge anzustoßen. Es hätte aber mehr Sinn ergeben, den Reformprozess und das finanzielle zusammen zu betrachten. Auf der einen Seite will man Strukturen und Programminhalte verbessern, auf der anderen Seite muss gespart werden. Die Rundfunkkommission hatte vorgesehen, beides in einem Rutsch zu verabschieden. Aber ich kann das den Ministerpräsidenten nicht vorschreiben.

Wie geht es mit den Rundfunkbeiträgen weiter?

Wir hoffen, dass es zeitnah einen Beschluss der Ministerpräsidenten über die von der KEF vorgeschlagene Beitragshöhe geben wird.

Wird es eine Beitragserhöhung geben?

Ich denke, dass im Dezember eine Entscheidung fällt. Möglich ist, dass der Beitrag nicht mehr über einen Staatsvertrag umgesetzt werden soll, sondern über eine Verordnung. Ob es die vorgeschlagene Erhöhung



Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben in Leipzig über eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beraten. Foto: dpa



Engelbert Günster
Foto: SWR/Patricia Neligan

geben wird, weiß ich nicht. Aber ich setze darauf, ansonsten sind ARD und ZDF ab dem 1. Januar 2025 nicht ausreichend finanziert.

Es spricht einiges dafür, dass die Unterfinanzierung kommt. Werden sich die Länder und die Rundfunkanstalten also erneut vor dem Bundesverfassungsgericht sehen?

Das wird juristisch zu prüfen sein. Es hängt gewiss auch davon ab, wie lange eine Unterfinanzierung laufen wird.

Wenn beim ÖRR über Reformen gesprochen wird, hat man regelmäßig den Eindruck, dass damit vor allem Kürzungen beim Programm gemeint sind, sich aber an den Strukturen wenig ändert. Woran liegt das?

Das ist nicht ganz korrekt. Länger schon haben sich die Intendanten darauf verständigt, die Zahl der Hörfunkprogramme von 70 auf 53 zu reduzieren. Aber das ist längst nicht alles, was angepackt wurde.

Zum Beispiel?

Es sind themenbezogene

Kompetenz-Zentren eingerichtet worden. Einzelne Sendeanstalten entwickeln jetzt bei den Themen Gesundheit, Klima und Verbraucher Inhalte für alle Sender. Der App-Dschungel wurde deutlich gelichtet. Auf der technischen Ebene werden ARD und ZDF eine gemeinsame technische Plattform betreiben. Das wird irgendwann auch zu einer gemeinsamen Mediathek führen. In der Verwaltung benutzt man jetzt eine gemeinsame SAP-Software. Wir sind bei den Reformen unterwegs, und das betrifft nicht in erster Linie die Inhalte und Formen von Programmen, sondern die Infrastruktur.

Wäre es nicht auch an der Zeit, über die Reduzierung der Rundfunkanstalten nachzudenken?

Da müssen Sie die Ministerpräsidenten fragen, das ist eine politische Sache. Wir sind ein föderal strukturiertes Land. Das spiegelt sich in der ÖRR-Landschaft.

Die Ministerpräsidenten haben einen Vorschlag des Zukunftsrats nach einer zentralen ARD-Geschäftsführung, den Sie unterstützen haben, nicht aufgenommen. Können Sie sich das erklären?

ZUR PERSON

► **Engelbert Günster** (Jahrgang 1950) ist seit 2023 Vorsitzender des SWR-Rundfunkrats. Da der SWR derzeit die Geschäfte der ARD-Anstalten führt, ist Günster der Chef der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) der ARD – also der oberste Aufseher des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) in Deutschland.

Das bedauere ich. Statt der zentralen ARD-Geschäftsführung hat man sich für eine dezentrale Struktur entschieden. Unsere Forderung als Gremienvorsitzendenkonferenz, dass sich die Intendanten über die strategische Ziele verständigen müssen, wurde allerdings aufgenommen. Das ist zwar eine wichtige Weiterentwicklung, aber eine dezentrale Geschäftsführung ist deutlich komplexer, auch für die Aufsicht.

Auch bei den Fernsehkanälen soll gekürzt werden – Stichwort 3sat. Warum geht es immer zuerst der Kultur an den Kragen?

Dem möchte ich widersprechen. Gestraft werden sollen auch die Nachrichtenkanäle

und die Angebote für junge Hörer. Der deutsch-französische Sender Arte soll zu einem europaweiten Angebot ausgebaut werden, in das Anteile von 3sat aufgenommen werden könnten. Es wurde aber auch gesagt, dass Kulturbeiträge von 3sat in die Hauptprogramme von ARD und ZDF wandern können. Zentral ist bei allem, dass sich der ÖRR immer wieder auf seine Kernkompetenz besinnt – journalistische Qualität, hochwertige informative Formate und Meinungsvielfalt.

Dabei wurde zuletzt ausgerechnet auch bei der investigativen Recherche gekürzt. Wie passt das zusammen?

Das sehe ich nicht so. Wenn die Reformen in Verwaltung und Infrastruktur umgesetzt werden, haben die Rundfunkanstalten mehr Kapazität und Freiheit bei Inhalten und Programmen. Denn es muss nicht mehr jeder alles machen. So kann programmlich auch die regionale Nachrichtenlage noch breiter abgedeckt werden.

Regionale Verlage fühlen sich durch gebührenfinanzierte Online-Texte bedrängt. Die Politik will mit einer Liste gegensteuern, die festlegt, was der ÖRR darf. Ist das der richtige Weg?

Ich denke schon. Die Ministerpräsidenten haben festgehalten, dass Text bei aktuellen Schlagzeilen und Großereignissen zulässig ist. Und wenn die Sender sich den Vorgaben verpflichten, lässt sich fairer Wettbewerb herstellen. Aber das greift auf lange Sicht zu kurz. Es ist wichtiger, dass die Verlage und die Sender sich zusammenraufen, um gegen die großen Tech-Konzerne zu bestehen. Die Trennung zwischen Text, Video und Audio ist nicht mehr zeitgemäß.

Der ÖRR hat bisher massiv in Richtung der Verlagsgeschäfte expandiert und wurde mehrfach von Gerichten gestoppt. Warum sollte es diesmal anders laufen?

Wenn wir die Nachrichtenlage nicht von TikTok und Amazon und co. dominieren lassen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als Verbündete zu suchen. Die Verlage und die Rundfunkanstalten sind natürliche Partner.

Das Interview führten Jens Kleindienst und Aaron Niemeyer.

Blutbad eines Terroristen?

Großbritannien: Mutmaßlicher Mörder dreier Mädchen wird nun auch wegen El-Kaida-Verbindungen angeklagt / Tat entzweit Nation

Von Jochen Wittmann

LONDON. Der 18-jährige mutmaßliche Mörder dreier junger Mädchen, dessen Blutat im nordenglischen Southport vor drei Monaten landesweite gewalttätige Krawalle ausgelöst hatten, wurde am Mittwoch vor einem Gericht in London zweier weiterer schwerer Vergehen angeklagt. Axel Rudakubanu soll das tödliche Gift Rizin hergestellt haben. Darüber hinaus wurde in seiner Wohnung ein Terror-Handbuch von El Kaida gefunden mit dem Titel „Militärische Studien zum Dschihad gegen die Tyrannen“. Damit wird dem Jugendlichen ein Terrorvergehen zur Last gelegt. Allerdings, so betonte eine Polizeisprecherin, könne die Mordtat selbst, bei der das Rizin nicht eingesetzt wurde, nicht als „terroristischer Vorfall“ eingestuft werden. Dafür sei der Nachweis eines Motivs zwingend. Erst am Tag vor dem Prozess hatte die Polizei diese Infos



Nach der Tat von Southport gab es im ganzen Land wie hier in Nottingham Krawalle und Proteste. Foto: dpa

an die Öffentlichkeit gegeben. Sie sind brisant und haben sofort zu heftigen Reaktionen auf den sozialen Netzwerken geführt. Von Vertuschungsversuchen seitens der Polizei und der Regierung ist jetzt die Rede. Die Blutat von Southport Ende Juli hatte das Land zutiefst verstört. Rudakubanu brach in einen Taylor-

Swift-Tanzkurs ein. Er war mit einem Messer bewaffnet, griff die Teilnehmerinnen und Aufsichtspersonen an und konnte drei Schulmädchen im Alter zwischen sechs und neun Jahren erstechen. Die Polizei gab bekannt, dass die Tat nicht als Terrorvorfall eingestuft würde. Die große öffentliche Empörung über die

Angeklagte wurde prompt von rechtsextremen Kräften genutzt. Auf sozialen Netzwerken erschien die Falschbehauptung, dass es sich bei dem Täter um Ali Al-Shakati handele, ein muslimischer Asylsuchender, der als Bootsflüchtling ins Land gekommen sei und dessen Name auf einer Beobachtungsliste des Auslandsgeheimdienstes MI6 stehe.

Das war alles erlogen. Tatsächlich hieß der Täter Alex Muganwa Rudakubanu und kam im walisischen Cardiff zur Welt, nachdem seine christlichen Eltern zuvor aus Ruanda eingewandert waren. Die Behörden hatten seinen Namen zunächst nicht bekannt gegeben, weil er zur Tatzeit noch minderjährig war. Erst als Rudakubanu dem Haftrichter vorgeführt wurde, hob der die Informationssperre auf. Rudakubanu wurde des dreifachen Mordes und des zehnfachen Mordversuchs angeklagt. Aber in den drei Tagen zwischen Tat und Anklage war

die Lunte schon gelegt. Rechts-extreme Randalierer hatten in Städten Moscheen angegriffen und die Sicherheitskräfte angegriffen. Zehn Tage lang dauerte der gewalttätige Spuk. Erst ein rigoroses Eingreifen der Polizei sowie Schnellgerichte, die Randalierer zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilten, machten ihm ein Ende.

Jetzt fühlen sich manche der Randalierer gerechtfertigt, weil Rudakubanu ein Terrorvergehen zur Last gelegt wird. „Ich bin ernsthaft besorgt“, sagte Robert Jenrick, der womöglich am Samstag zum Parteichef der Konservativen gewählt wird, „dass der Öffentlichkeit Fakten vorenthalten wurden. Premier Keir Starmer muss erklären, was er über die Attacke von Southport wusste und wann er es erfuhr.“ Die Regierung erklärte, dass es Sache der Polizei und Staatsanwaltschaft sei, wie viel Zeit sie brauche für eine Anklageerhebung.

Griechenland fordert Reparationen

ATHEN (dpa). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist überraschend deutlich mit griechischen Reparationsforderungen konfrontiert worden. Griechenlands Staatspräsidentin Katerina Sakellariopoulou erinnerte ihn gleich zum Auftakt ihres Gesprächs an die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden ihres Landes und an die an Hitler-Deutschland gezahlte Zwangsanleihe. Das Problem der Kriegsschadensersatzungen und der Zwangsanleihe habe für das griechische Volk noch immer „eine sehr große Bedeutung“, sagte Sakellariopoulou. „Ein Problem, das immer noch in der Schwebe ist“, fügte sie hinzu.

Das von der Wehrmacht eroberte Griechenland fordert seit langem eine Wiedergutmachung für die Kriegsschäden und eine Rückzahlung der Zwangsanleihe durch Deutschland. Steinmeier bekannte sich zur deutschen Verantwortung, betonte aber: „In der von Ihnen angesprochenen Rechtsfrage vertreten wir eine andere Auffassung. Sie wissen, dass Deutschland die Rechtsfrage der Reparationen für völkerrechtlich abgeschlossen hält. Aber gleichwohl stehen wir zu unserer historischen und moralischen Verantwortung.“

Kein Anspruch auf mehr Bafög

KARLSRUHE (dpa). Studierende haben keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf höheres Bafög. Das entschied das Bundesverfassungsgericht. Aus dem vom Grundgesetz abgeleiteten Recht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums könne kein Recht für mittellose Hochschulzugangsberechtigte auf staatliche Leistungen hergeleitet werden, die ein Studium ermöglichen. Der Anspruch auf existenzsichernde Leistungen bestehe nicht, wenn man eine existenzsichernde Arbeit aufnehmen könne, hieß es weiter – auch wenn dann unter Umständen Studieren unmöglich werde.

Trump greift Biden an

WASHINGTON (dpa). Im Schlussspurt vor der US-Wahl liefert ausgerechnet Präsident Joe Biden der Kampagne von Donald Trump neuen Zündstoff. „Du kannst Amerika nicht führen, wenn du das amerikanische Volk nicht liebst“, kommentierte Trump knapp eine Woche vor dem Wahltag auf X eine Äußerung von Biden. Dieser hatte in einem Wahlkampf-Telefonat den Eindruck erweckt, er bezeichne Trump-Anhänger als „Müll“. Das Weiße Haus erklärte später, der Präsident sei falsch verstanden worden.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Die Grünen werden zur Zielscheibe

Mitglieder in Hessen sehen Sicherheit beeinträchtigt, in Rheinland-Pfalz stehen andere Parteien im Fokus / Was Polizei und Politik zum Schutz tun

Von Aaron Niemeyer

MAINZ/WIESBADEN. Hass und Hetze gegen Politiker nehmen zu. So hatte in der vergangenen Woche ein Vorfall im hessischen Ort Mörfelden-Walldorf für Aufregung gesorgt: Dort sollte auf einer Kirchweih eine Strohfigur verbrannt werden – mit der Aufschrift „Bündnis 90/Die Grünen“. Weil außerdem aus dem Publikum der Ausruf „Sollen sie hängen“ kam, ermittelt jetzt der Staatsschutz.

„Das Sicherheitsgefühl vieler Kommunalpolitiker hat sich verschlechtert“, sagt Kathrin Anders, Landesvorsitzende der Grünen in Hessen nach dem Vorfall in Mörfelden-Walldorf auf Anfrage. Insbesondere auf lokaler Ebene seien Hass und Hetze für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sehr präsent. Und auch die rheinland-pfälzischen Grünen-Landesvorsitzenden Natalie Cramme-Hill und Paul Bunjes teilen mit: „Wir erleben verstärkt Anfeindungen.“

Tatsächlich hat die politisch motivierte Kriminalität gegen die Grünen-Repräsentanten in Hessen massiv zugenommen, wie eine Auswertung des Landeskriminalamts (LKA) aufzeigt: Lediglich ein strafrechtlich relevanter Fall wurde demnach in Zusammenhang mit grüner Parteizugehörigkeit in Hessen im Jahr 2019 polizeilich dokumentiert. Im Jahr 2023 waren es bereits 42 Fälle. Das LKA spricht von „einer wahrnehmbaren Verunsicherung der Politik“.

Bund hat Verschärfung des Strafrechts beschlossen

Nicht immer sei die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend für die Angriffe. Zunehmend würden auch Amtsinhaber unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit angegriffen. So gab es in Hessen laut LKA im Jahr 2019 noch insgesamt 83 dokumentierte Fälle politisch



Ein Vorfall rund um eine zu verbrennende Strohfigur und einen möglicherweise strafrechtlich relevanten Ausruf gegen die Grünen hatte vergangene Woche im hessischen Ort Mörfelden-Walldorf für Aufregung gesorgt.

Foto: Ursula Friedrich

motivierter Kriminalität gegen Partei-Repräsentanten, wovon jedoch nur 12 einer Parteizugehörigkeit zugeordnet sind. Im Jahr 2023 verzeichnet das LKA bereits 319 Fälle, von denen 125 einer Parteizugehörigkeit zugeordnet sind.

Die Polizei begegne dieser Entwicklung mit konsequenter Strafverfolgung, so das LKA. Außerdem würden örtlich zuständige Polizeipräsidien gegebenenfalls über gefährdungsrelevante Entwicklungen informiert. Wichtig seien zudem präventive Schulungen von Amtsinhabern und schriftliche Sicherheitsbriefings. „Nehmen Sie jede Drohung ernst“, heißt es beispielsweise in einer Bro-

schüre der hessischen Polizei. Und: „Bringen Sie konsequent jedes strafbare Verhalten zur Anzeige. Es könnte sich bei einer Tat erst um den Anfang einer Reihe von Straftaten handeln.“

Auch das LKA Rheinland-Pfalz bestätigt auf Anfrage, „dass die Grünen im Fokus, insbesondere rechter und rechtspopulistischer sowie verschwörungstheoretischer Agitationen stehen“. Allerdings stünden andere Parteien in Rheinland-Pfalz stärker im Fokus: Tatsächlich verzeichnen die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden gegen Repräsentanten der Grünen im Jahr 2019 vier strafrecht-

lich relevante Übergriffe, im Jahr 2023 waren es sechs. Deutlicher sieht der Anstieg bei SPD, CDU und AfD aus: Bei der SPD stiegen die Übergriffe von 14 auf 18, bei der CDU von fünf auf 17 und bei der AfD von 9 auf 17.

Auch in Rheinland-Pfalz begegne man dieser Entwicklung mit präventiver Aufklärungsarbeit, teilt das Landeskriminalamt mit und verweist etwa auf eine eigens für bedrohte Mandatsträger und Amtsinhaber eingerichtete Hotline und die Broschüre „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern“. Die Empfehlungen darin klingen teils drastisch: „Halten Sie sich in der

Öffentlichkeit nur an belebten Orten auf“, heißt es darin etwa. Es gebe viele solcher Beratungsangebote, „deren Bekanntheitsgrad jedoch gesteigert werden sollte“, hält das LKA fest. Besteht die Lösung für bedrohte Repräsentantinnen und Repräsentanten von Parteien also in persönlicher Einschränkung und ständiger Wachsamkeit?

Aus Sicht der Bundesregierung soll eher eine Verschärfung des Strafrechts helfen, die bereits Ende September beschlossen wurde und dem Bundestag im Herbst vorgelegt werden soll. „Dort, wo für das Gemeinwohl tätige Personen zum Ziel von Aggressio-

nen und Angriffen werden, steht zu befürchten, dass sie sich von solchen Tätigkeiten zurückziehen“, heißt es im zugehörigen Entwurf. Dieser sieht vor, bei der Strafzumessung politischer Kriminalität künftig zu berücksichtigen, inwiefern diese geeignet ist, eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit zu beeinträchtigen. Damit, so der Entwurf, werde „gegenüber denjenigen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, der Rückhalt und die ausdrückliche Anerkennung des Staates für ihre Tätigkeit zum Ausdruck gebracht und ein klares Signal an die (potenziellen) Täter gesendet.“

Jeder Haushalt soll Reserven für 72 Stunden haben

Die neue EU-Kommission will mit gesamtgesellschaftlichem und ressortübergreifendem Krisenplan vorsorgen

Von Gregor Mayntz

BRÜSSEL. Auf schlimmste Szenarien vorbereitet sein – der EU-Sonderberater hatte diese Empfehlung am Mittwoch noch gar nicht der Kommissionspräsidentin übergeben können, da waren sie auch schon eingetreten. Auch in Brüssel lösten die schrecklichen Bilder von der nächtlichen Flutkatastrophe im spanischen Valencia Erschrecken und Mitgefühl aus. Und so beschrieb Ursula von der Leyen in bewegten Worten das Schlammschaus mit Dutzenden Toten, gab die Aktivierung des Satellitensystems zur Koordination der Rettungsteams bekannt und bot an, das Katastrophenschutzverfahren zu aktivieren.

Der Rückgriff auf diesen Mechanismus illustrierte eindrucksvoll die Eingangsfeststellung, die der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö in seiner 165-Seiten-Studie getroffen hat: Die EU sei für Krisen, Kriege und Katastrophen deutlich besser gewappnet als noch vor fünf Jahren. Doch die Bedrohungslage habe sich noch gefährlicher entwickelt. Und so sei die EU auf multiple Krisen derzeit schlicht „nicht ausreichend vorbereitet“, fasste Niinistö zusammen. Seine Bestandaufnahme mit einer Vielzahl von Vorschlägen umfasste neben den zivilen auch die militärischen Herausforderungen. Russ-



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht sich dafür aus, das europäische nachrichtendienstliche Zentrum zu stärken.

Foto: dpa

lands Krieg gegen die Ukraine sei nicht nur die größte Einzelbedrohung für die europäische Sicherheit, stellte von der Leyen fest. In diesem Jahr überstiegen die russischen Verteidigungsausgaben auch erstmals die Summe, die alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen dafür ausgeben. „Wir müssen einen Zahn zulegen“, meinte von der Leyen. Dabei hinkt die EU tatsächlich auf entscheidenden Feldern weit

hinterher. Zwar steht die EU-Politik in Brüssel, Straßburg und Luxemburg wegen ihrer weitreichenden Folgen für die Mitglieder und die gesamte Welt im Zentrum der Spionage und der Beeinflussungsversuche von Drittstaaten. Doch immer noch verfügt die EU über keinen eigenen Nachrichtendienst, der sie davor schützen und vor heraufziehenden Bedrohungen rechtzeitig warnen könnte. Das ist

weiterhin alleinige Aufgabe der Mitglieder. So sprach sich von der Leyen dafür aus, das europäische nachrichtendienstliche Zentrum zu stärken und den Informationsfluss aus den Mitgliedsländern zu intensivieren. „Wenn wir nicht früh genug informiert werden und uns vorbeereiten können, werden wir alle getroffen“, warnte von der Leyen. Niinistö Analyse setzte daran nahtlos an. Er habe sehr

unterschiedliche Modelle und Vorgehensweisen unter den 27 EU-Staaten zur Vorbereitung auf Krisen und Katastrophen vorgefunden. Doch zugleich stellte er fest: „Wenn ein Mitgliedstaat nicht mehr sicher ist, wird es schwierig für uns alle.“ Die meisten EU-Länder seien nicht in der Lage, im Krisenfall das Überleben ihrer Bürger für mindestens drei Tage sicherzustellen. Er warb für einen gesamtgesellschaftlichen und ressortübergreifenden Ansatz und für die Selbstverantwortung der Bürger, selbst Reserven für 72 Stunden stets zur Hand zu haben. Jeder Haushalt solle in der Lage sein, sich mindestens drei Tage selbst versorgen zu können.

Sonderberater sieht deutlich größeren Mittelbedarf

Es ist bereits der dritte Bericht, mit dem von der Leyen die Inhalte ihrer zweiten Amtszeit zu flankieren versucht: Nach der Untersuchung des italienischen Wissenschaftlers und früheren Regierungschefs Enrico Letta zur Zukunft des europäischen Binnenmarktes, der Studie des früheren EZB-Präsidenten Mario Draghi zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit, folgte nun der Niinistö-Bericht zur europäischen Krisenfestigkeit. Und wie bei den beiden anderen Schwerpunkthemen sieht auch der dritte Experte die Notwendig-

keit, nicht nur die Kooperation der europäischen Staaten drastisch zu verbessern, sondern auch einen deutlich größeren Mittelbedarf. Allein zum dringenden nötigen Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit müsse mehr als ein Fünftel des EU-Haushaltes eingeplant werden, lautete sein Rat. Von der Leyen wies darauf hin, dass Kernforderungen Niinistö bereits in den Aufgabenübersichten der künftigen EU-Kommissionsmitglieder enthalten seien. Die Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Haushalt beginnen jedoch erst im nächsten Jahr.

In den Blick Niinistö geriet auch die derzeit verbreitete Praxis der Unternehmen, ihre Lagerhaltungskosten durch das Just-in-time-Prinzip zu reduzieren, wonach Einzelprodukte gezielt dann geliefert werden, wenn sie auch gebraucht werden. Das sei nicht krisenfest, stellte der Sonderberater fest. Die Pandemie habe gezeigt, wie schnell Lieferketten weltweit unterbrochen werden könnten. Ein weiterer Vorschlag galt Engpässen auf dem Arbeitsmarkt. Damit in wichtigen Kernbereichen die Produktion sichergestellt werden könne, solle die EU einen Mechanismus entwickeln, durch den es eine größere Mobilität von Arbeitskräften für den Krisenfall mit gegenseitiger Unterstützung gebe.

WIRTSCHAFT

BASF treibt Sparprogramm weiter voran

LUDWIGSHAFEN (dpa). Der weltgrößte Chemiekonzern BASF treibt sein Sparprogramm voran und blickt mit gedämpfter Zuversicht auf das Jahr 2025. „Wir sind auf gutem Weg, die angestrebten Kosteneinsparungen von jährlich 2,1 Milliarden Euro bis Ende 2026 zu erzielen“, berichtete Finanzvorstand Dirk Elvermann. Der Chemiekonzern erwarte bis Ende 2024 fortlaufende Kosteneinsparungen von jährlich mehr als 800 Millionen Euro und damit verbundene Einmalkosten von voraussichtlich rund 550 Millionen Euro.

Stellenstreichungen auch im Stammwerk Ludwigshafen

Auch beim in diesem Jahr gestarteten Programm zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ludwigshafen komme BASF voran. Die Einheiten am größten Unternehmensstandort seien jüngst darüber informiert, welchen Beitrag sie jeweils bis Ende 2026 leisten müssen. Details dazu und wie viele Mitarbeiter aufgrund der Kosteneinsparungen und Konzernumbaupläne gestrichen werden, nannten Elvermann und BASF-Chef Markus Kamieth nicht. Im Stammwerk sollen zusätzlich zu dem seit zwei Jahren laufenden Sparprogramm bis Ende 2026 jährlich Kosten von einer Milliarde Euro gespart werden. Da etwa 80 Prozent dieser Summe Fixkosten sein sollen, werde das auch über Stellenstreichungen gehen, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Grundsätzlich müsse aber jeder Stein in Ludwigshafen umgedreht werden, um das Ziel zu erreichen.

EU führt Extrazölle für E-Autos aus China ein

Peking droht mit Vergeltung / Verhandlungen über eine mögliche einvernehmliche Lösung des Handelsstreits blieben bis zuletzt erfolglos

Von Katharina Redanz

BRÜSSEL. Trotz des Widerstands aus Deutschland sind die EU-Zusatzzölle auf die Einfuhr von Elektroautos von China um Mitternacht in Kraft getreten. Die Extra-Abgaben sollen für fünf Jahre gelten. Die EU-Kommission hatte am Dienstag eine entsprechende Verordnung beschlossen. Zuvor hatte Anfang des Monats eine ausreichend große Mehrheit der EU-Staaten für die Strafzölle gestimmt. Deutschland votierte aus Sorge vor einem neuen großen Handelskonflikt und möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen deutsche Hersteller dagegen. Fragen und Antworten.

Warum werden zusätzliche Zölle erhoben?

Aus Sicht der Europäischen Kommission sind die Ausgleichszölle notwendig, um langfristig die Zukunft der Autoindustrie in der EU zu sichern. Sie kam bei einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass chinesische Hersteller von unfairen Subventionen profitieren, die ihnen einen erheblichen Vorteil auf dem europäischen Markt verschaffen. Demnach können chinesische Elektroautos normalerweise rund 20 Prozent günstiger angeboten werden als in der EU hergestellte Modelle. Bereits im Juli hatte die EU-Kommission deswegen vorläufige Ausgleichszölle eingeführt.

Verhandlungen über eine mögliche einvernehmliche Lösung des Handelsstreits blieben bis zuletzt erfolglos. Als eine Option wird gesehen, dass E-Auto-Händler Preisverpflichtungen eingehen und damit die Zölle abwenden können. Auf technischer Ebene liefen die Verhandlungen auch nach der Entscheidung für die Ausgleichszölle weiter, hieß es aus der Kommission.



E-Autos im Hafen von Taicang in der ostchinesischen Provinz Jiangsu stehen bereit zum Export.

Foto: dpa

tungen eingehen und damit die Zölle abwenden können. Auf technischer Ebene liefen die Verhandlungen auch nach der Entscheidung für die Ausgleichszölle weiter, hieß es aus der Kommission.

Wie hoch sind die Zölle?

Für E-Autos des Herstellers BYD gilt künftig eine Extra-Abgabe in Höhe von 17,0 Prozent, wie aus der Verordnung hervorgeht. Für Elektrofahrzeuge des Produzenten Geely sind demnach 18,8 Prozent fällig. Der Höchstsatz beträgt 35,3 Prozent. Die unternehmensspezifischen Zollsätze wurden der

EU-Kommission zufolge auf Grundlage der von ihr durchgeführten Untersuchung festgesetzt und sollen die individuelle Lage der Firmen spiegeln. Die Zölle kommen auf einen bereits bestehenden Zollsatz von zehn Prozent hinzu.

Was wird in Deutschland befürchtet?

Für die deutsche Industrie ist der Handelsstreit ein großes Thema, weil China der größte Automarkt der Welt ist und Unternehmen um einen ihrer wichtigsten Absatzmärkte fürchten. Deutsche Firmen wie VW, Mercedes und BMW pro-

duzieren dort nicht nur Wagen speziell für den chinesischen Markt, sondern auch für den Export.

Der Verband der Automobilindustrie mahnte, durch die Zölle wachse nicht nur das Risiko eines beiderseitigen Handelskonflikts weiter an, sondern die Fahrzeuge würden sich auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher verteuern. Außerdem werde der Ausbau der Elektromobilität und damit das Erreichen der Klimaziele in einer „besonders kritischen Phase“ ausgedehnt, sagte ein Sprecher. Auch der ADAC befürchtete

Gegenreaktionen aus China mit negativen Folgen für Verbraucher. „Für den Hochlauf der Elektromobilität ist eine große Angebotsvielfalt auf dem Automobilmarkt, unabhängig von der Herkunft, wichtig. Strafzölle könnten dagegen dafür sorgen, dass einige Modelle vom Markt verschwinden“, sagte eine Sprecherin der dpa.

In Brüssel wiederum gibt es die Einschätzung, diese Position sei vor allem von Top-Managern der Autobauer geprägt. Ihnen wird vorgeworfen, vor allem kurz- und mittelfristig gute Zahlen erreichen zu wollen und nicht so sehr das langfristige

Überleben der Autoindustrie im Blick zu haben.

Welche Konsequenzen drohen aus China?

Wie China auf die endgültige Einfuhr der Zölle reagieren wird, ist noch unklar. Die Regierung in Peking wirft der EU Protektionismus vor und drohte in der Vergangenheit vor allem mit höheren Zöllen bei der Einfuhr von Verbrennern mit großem Hubraum aus der EU in die Volksrepublik. Davon wären besonders deutsche Autobauer betroffen. Als mögliche Vergeltungsmaßnahmen begann China zudem Zusatzabgaben auf den Import von Schweinefleisch und Milchprodukten zu prüfen. Eine Untersuchung gegen Brantwein, die hauptsächlich französische Hersteller trifft, führte bereits zu vorläufigen Maßnahmen. Firmen, die diesen nach China importieren, müssen eine Kautions in Höhe von 30,6 Prozent bis 39 Prozent des Warenwerts beim chinesischen Zoll hinterlegen.

Was müssen Autobauer in China fürchten?

Die Zusatzzölle treffen nicht nur chinesische Marken wie BYD oder Geely, sondern auch deutsche Hersteller. Die Maßnahme richtet sich nämlich nicht ausschließlich gegen chinesische E-Autos, sondern gegen in China hergestellte Fahrzeuge. Deutsche Firmen wie VW, Mercedes und BMW produzieren dort nicht nur Wagen speziell für den chinesischen Markt, sondern auch für den Export. Die Hersteller befürchten die Zölle nicht und fürchten ihrerseits Gegenmaßnahmen Chinas.

Börse Frankfurt

MDAX ↓	26630,86 (-1,59%)	30.10.	29.10.
Aixtron NA	0,40	14,95	14,91
Aroundtown (LU)	-	2,88	2,97
Aurubis	1,40	71,90	71,90
Bechtle	0,70	32,10	32,56
Befesa (LU)	0,73	21,98	22,56
Bilfinger	1,80	44,60	44,80
Carl Zeiss Meditec	1,10	60,50	62,90
CEAT Eventim	1,43	97,90	100,20
Delivery Hero	-	40,00	41,60
Evonik Industries	1,17	20,19	20,26
Freemove	1,77	49,68	49,94
freemove NA	1,77	27,58	27,78
Freusenius M. C. St.	1,19	35,36	37,53
Fuchs VZ	1,11	42,28	41,68
GEA Group	1,00	45,74	45,84
Gerresheimer	1,25	79,70	81,10
Hella	0,71	85,90	86,70
Hellorfresh	-	10,06	10,28
Hensoldt	0,40	31,48	31,88
Hochtiefe	4,40	113,20	114,70
Hugo Boss NA	1,35	41,72	41,74
Hyppoport SE	-	222,00	238,40
Jenoptik	0,35	21,96	22,92
Jungheinrich VZ	0,75	24,76	24,24
K+S NA	0,70	11,26	11,32
Kion Group	0,70	37,25	35,24
Kromer-Bremer	1,64	80,60	80,70
Krones	2,20	120,00	121,60
Lexnux	0,10	27,20	27,57
LEG Immobilien	2,45	87,88	88,72
Lufthansa vNA	0,30	6,34	6,51
Nemetschek	0,48	100,80	101,90
Nordex	-	13,15	13,56
Puma	0,82	41,93	42,77
Rational	1,35	91,50	92,50
Redcare Pharmacy (NL)	2,70	146,20	147,70
RTL Group (LU)	2,75	29,30	30,00
Schott Pharma	0,15	30,12	31,92
Scout24 NA	1,20	80,30	80,65
Siltronix NA	1,20	52,75	55,10
Stabilus S.A.	1,75	34,00	34,40
STR & Co.	1,85	55,00	55,30
Täger Immobilien	-	15,19	15,27
Taxnax NA	2,35	70,70	70,65
TeamViewer SE	-	13,42	13,36
thesyskrupp	0,15	3,24	3,34
TUI	1,50	29,35	30,55
Traton	-	7,57	7,79
United Internet NA	0,50	18,95	19,27
Wacker Chemie	3,00	78,50	79,60

DAX	19257,34 (-1,13%)	30.10.	29.10.
Adidas NA	0,70	62,7	62,7
Airbus	2,80	139,70	140,32
Allianz vNA	13,80	47,292,00	295,00
BASF NA	3,40	7,6	44,52
Bayer NA	0,11	0,4	25,00
Beiersdorf	1,00	0,8	126,55
BMW ST	6,00	8,2	73,44
Brenntag NA	2,10	3,5	59,76
Commerzbank	0,35	2,1	16,33
Continental	2,20	3,8	57,26
Covestro	-	58,28	58,22
Daimler Truck	1,90	5,0	38,05
Dt. Bank NA	0,45	2,9	15,50
Dt. Börse NA	3,80	1,8	214,30
Dt. Post NA	1,85	5,0	37,35
Dt. Telekom	0,77	2,7	28,07
E.ON NA	0,53	4,2	12,51
Freusenius	-	33,25	34,07
Hann. Rück NA	7,20	3,0	242,20
Heidelberg Mat.	3,00	3,0	101,20
Henkel VZ	1,85	2,3	80,46
Infinion NA	0,35	1,2	29,72
Mercedes-Benz	5,30	9,4	56,40
Merck	2,20	1,5	151,15
MTU Aero	2,00	0,7	306,00
Münch. r.vNA	15,00	3,2	474,80
Porsche VZ	2,31	3,5	65,20
Porsche VZ	2,56	6,7	38,38
Rheinmetall	5,70	1,2	485,70
RWE ST	1,00	3,3	30,19
SAP	2,20	1,0	219,55
Sartorius VZ	0,74	0,3	235,90
Siemens Health	0,95	2,0	48,27
Siemens NA	4,70	2,6	179,48
Smyris	1,10	1,0	111,55
Novoniva NA	0,90	2,9	30,54
VW VZ	9,06	10,1	89,88
Zalando	-	28,71	28,61

Schwach – US-Wahlen werfen ihren Schatten voraus

(Dow Jones) – Der deutsche Aktienmarkt hat am Mittwoch mit Abgaben geschlossen. Im Handel war von Zurückhaltung im Vorfeld der US-Wahlen in der kommenden Woche die Rede. „Der exzellente Quartalsbericht der Google-Mutter Alphabet reichte nicht aus, um die Börsen in Richtung neuer Rekorde zu schieben“, hieß es bei QG Partners. Keine guten Nachrichten kamen von der Inflationsfront. Die deutschen Verbraucherpreise sind

im Oktober mit 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat viel stärker als der erwarteten 0,2 Prozent gestiegen. Bessere Wachstumsdaten aus der Eurozone setzten keine Akzente, genauso wenig wie ein schwächeres US-BIP. Der DAX verlor 1,1 Prozent auf 19.257 Punkte. Akzente in Einzelwerten setzte eine Flut von Unternehmenszahlen. VW – seit Tagen in den Schlagzeilen – legte Zahlen für das dritte Quartal vor.

DAX ↓	19257,34 (-1,13%)	30.10.	29.10.
EssilorLuxottica (FR)	3,95	212,40	216,00
Ferrari (NL)	2,44	444,50	452,70
Hermes International (FR)	21,52	2117,00	2132,00
Iberdrola (ES)	0,00	13,82	13,99
Inditex (ES)	0,77	53,26	54,54
ING Group (NL)	0,35	15,52	15,56
Intesa Sanpaolo (IT)	0,15	3,93	3,97
Kering (FR)	9,50	228,70	239,70
L'Oréal (FR)	6,75	348,25	354,65
LVMH (FR)	7,50	614,70	632,60
Nokia (FI)	0,03	4,43	4,52
Nordea Bank AB (FI)	0,92	10,83	11,14
Permot Ricard (FR)	2,35	117,90	123,40
Prosus (NL)	0,06	39,33	40,13
Safarim (SA)	2,20	208,60	211,70
Santofi S.A. (FR)	3,76	98,00	100,40
Schneider Electr. (FR)	3,50	242,15	242,40
St. Gobain (FR)	2,10	83,68	82,30
Stellantis (NL)	1,55	12,19	12,41

Goldman Sachs (US)	3,00	483,80	484,50
Home Depot (US)	2,25	365,80	371,45
Homeywell (US)	1,08	190,12	189,78
IBM (US)	1,67	188,24	194,38
Intel (US)	0,13	20,73	21,17
Johnson & Johnson (US)	1,24	148,20	149,40
JP Morgan Chase (US)	1,25	207,25	206,65
McDonald's (US)	1,67	269,10	274,60
Merck & Co. (US)	0,77	96,40	96,60
Microsoft (US)	0,75	400,40	402,80
Nike (US)	0,37	70,56	73,30
Pfizer (US)	1,01	153,78	154,98
Procter & Gamble (US)	1,00	275,00	277,65
Salesforce Inc. (US)	0,40	219,40	221,60
Travelers Comp. (US)	1,05	228,80	232,70
UnitedHealth (US)	2,10	519,40	521,60
Verizon (US)	0,68	38,00	38,47
VISA Inc. (US)	0,52	269,70	265,95
Walmart Inc. (US)	0,21	75,08	76,15

WEITERE AUSLANDSWERTE

Schweiz in CHF	Div.	30.10.	29.10.
ABB NA (CH)	0,87	48,57	48,80
ABBott Lab (US)	0,55	105,06	105,72
AbbVie Inc. (US)	1,55	179,00	175,34
Alphalime Inc. A (US)	0,20	162,94	162,94
Altria Group (US)	1,02	46,50	46,38
BP PLC (UK)	0,08	4,50	4,58
China Mobile (HK)	2,60	-	8,56
Exxon (US)	0,81	15,55	15,62
Engie (US)	0,95	108,24	109,40
Exxon Mobil (US)	0,15	9,51	9,52
GE Aerospace (US)	0,28	160,50	160,50
General Motors (US)	0,12	48,23	47,53
Generali (IT)	0,12	25,88	26,02
Kone Corp. (FI)	1,75	51,82	52,38
Metal Platforms (US)	0,50	547,30	550,00
Nestlé NA (CH)	3,00	82,42	83,06
Novartis NA (CH)	3,30	95,35	95,74
Novo Nordisk B (DK)	3,50	103,06	102,50
Nvidia (US)	0,01	128,92	130,06
Oracle (US)	0,40	161,22	159,48
PepsiCo (US)	1,36	154,46	155,36
Pfizer (US)	0,42	26,24	26,40
RTX Corp. (US)	0,63	112,40	114,70
Shell (UK)	0,31	30,14	30,20
Sony (JP)	10,00	16,60	16,27
Starbucks Corp. (US)	0,57	89,66	90,48
Verdara (US)	0,12	48,23	47,53
Vodafone (GB)	0,04	0,87	0,87
WFD Unibail-Rod. (FR)	2,50	76,10	77,02

INVESTMENTFONDS

Aus-	Rücknahme	schüttung	30.10.	Vortag
AGI Adifonds A	2,23	149,19	151,36	
AGI Adverta A	3,05	230,20	232,24	
AGI All Stratifs Ba A	1,55	107,61	107,62	
AGI All. E. CSR PAT	x	110,94	110,89	
AGI Allianz St. W. A2	1,31	98,81	98,78	
AGI Concentra A	2,16	145,05	147,19	
AGI CONVEST 21 VL	1,35	100,86	101,14	
AGI Eur Renten EA	0,96	51,02	51,04	
AGI Euro Bond A	0,18	10,64	10,65	
AGI Europazins A	0,79	49,75	49,79	
AGI FAZ EUR SRI A	2,54	171,36	174,40	
AGI FAZ EurHybA	2,60	138,61	140,88	
AGI FAZ EurVW	1,45	91,14	91,61	
AGI Fondak A	3,20	206,20	209,25	
AGI Fondis	1,93	144,17	144,57	
AGI France C&G Geldm.Dt. IA	0,82	47,90	47,90	
AGI Industria A	2,29	148,22	151,09	
AGI InterGlobal A	7,88	495,09	498,02	
AGI InterAm A	0,68	42,48	42,44	
AGI Kapital Plus A	1,07	6		

„Die Lage spitzt sich zu“

Massiver Gewinneinbruch bei VW überschattet Tarifrunde / Sparen durch Lohnverzicht?

WOLFSBURG (dpa). Mitten in der Diskussion um Werkschließungen, Entlassungen und Lohnkürzungen bei Volkswagen sind Vertreter von VW und IG Metall zu ihrer zweiten Tarifrunde zusammengekommen. Während VW seinen harten Sparkurs verteidigte und konkrete Vorschläge ankündigte, forderte die Gewerkschaft, Werkschließungen zumindest noch einmal zur Diskussion zu stellen. Das sei Voraussetzung für weitere Verhandlungen, sagte Niedersachsens IG-Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger.

Das Unternehmen meldete unterdessen schwache Zahlen. Von Juli bis September gab es demnach einen massiven Gewinneinbruch. Der Konzernüberschuss nach Steuern sackte verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 64 Prozent auf 1,58 Milliarden Euro ab, das Ergebnis im laufenden Geschäft schmolz um 42 Prozent auf 2,86 Milliarden Euro zusammen. Der Umsatz lag dagegen nur knapp unter Vorjahresniveau, trotz eines Absatzschwunds von sieben Prozent. VW-Verhandlungsführer Arne Meiswinkel, Per-

sonalvorstand der Kernmarke, verteidigte den harten Sparkurs. „Die Lage spitzt sich weiter zu“, sagte er vor dem Beginn der Gespräche. „In der Konsequenz müssen wir unsere Effizienz steigern und unsere Kosten senken.“ Denn, so Meiswinkel: „Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann auch sichere Arbeitsplätze bieten.“ Maiwald kündigte an, in dieser zweiten Gesprächsrunde nun auch konkrete Vorstellungen zu den von VW geforderten Einsparungen vorzulegen.

Laut „Handelsblatt“ soll allein der von VW geplante Lohnverzicht zwei Milliarden Euro an Einsparungen bringen. Knapp 800 Millionen bringe demnach die Gehaltsenkung um zehn Prozent, weitere 1,2 Milliarden kämen durch das Streichen verschiedener Bonuszahlungen und Zuschläge sowie Nullrunden in den kommenden Jahren zusammen. Damit solle mehr als die Hälfte der insgesamt geplanten Einsparungen von knapp 3,6 Milliarden Euro allein über Lohnverzicht erzielt werden. Das Unternehmen äußerte sich bisher nicht dazu.

Eigene Werke in Europa geplant

Analyse: Chinas globalen Masterplan beim Thema Auto werden auch EU-Einfuhrzölle nicht stoppen

Von Achim Preu

STUTT GART/BOCHUM. Die deutschen Autogrößen haben China gezeigt, wie es geht. Entwicklungshilfe geleistet. Und lange dort glänzend verdient. Jetzt zeigen die Autobauer aus dem Reich der Mitte, was sie alles gelernt haben. Und lassen VW, Mercedes und Co. oft alt aussehen. China ist inzwischen vor allem Maßstab und Taktgeber, wenn es um E-Autos geht. Aber auch modernste Verbrenner-Technik ist dort jetzt zu Hause. Auch Mercedes folgt dem Branchentrend: Entwicklung und Fertigung hocheffizienter Benzin-Hybridmotoren wandern nach China ab. Früher ein Umding. Heute kaum beachtet.

Der Erfinder des Automobils baut ab 2026 auch hierzulande dann den Vierzylinder „M 252“ Made in China in seine Fahrzeuge ein. Übrigens bei einem Fremdunternehmen hergestellt – unter Aufsicht von Mercedes-Ingenieuren. Folvo, so heißt es, soll das Aggregat ebenfalls bekommen. Damit, so der früher bei GM/Opel tätige Motorenpapst Fritz Indra, werde China auch bei Verbrennern „Tür und Tor nach Europa geöffnet.“ Und Peking hat nicht vor, Verbrenner wie die EU ab 2035 aufs Abstellgleis zu schieben.

Chinas globalen Masterplan beim Thema Auto werden auch EU-Einfuhrzölle nicht stoppen. Denn diese lassen sich intelligent umkurven durch eigene Autowerke in Europa. Dabei wirken die Zölle wie ein Turbo. Opel hat das in der Ära von General Motors vorgemacht. Für den Export wurden Fahrzeuge in ihre Einzelteile zerlegt und dann in Holzkisten verschickt (Fachterminus: Completely Knocked Down, kurz CKD), um fiskalisch möglichst wenig anzuecken. Das tun chinesische Firmen ebenfalls. Aber auch komplette Werke sind geplant.

In Summe könnte das rasch Spuren hinterlassen, die zu Werkschließungen bei deutschen Autobauern führen, wie



Optisch eine Mischung aus Land Rover Defender und Mercedes G-Klasse: Das Flaggschiff Yangwang U8 von BYD. Foto: dpa

sie Volkswagen jetzt drohen und über die andere nachdenken. Wenn chinesische Anbieter auf zehn Prozent Marktanteil in Europa kommen sollten, sind das etwa 1,5 Millionen Autos. Das entspricht sieben Montagewerken. Heimische Fabriken müssten dann geschlossen oder an chinesische Hersteller verkauft werden. Wobei letzteres wegen hoher Energie- und Personalkosten in Deutschland sehr unrealistisch ist.

Experte erwartet Preisrutsch bei Elektroautos

„Eine Geschichte wie Tesla in Grünheide (bei Berlin hat der US-Elektroauto-Pionier eine Gigafactory hochgezogen, die Red.) erwarte ich kaum. Ost- und Südeuropa sowie die Türkei sind bessere Standorte“, so Autoprofessor Ferdinand Dudenhöffer. Eine besondere Gefahr sieht er, wenn Peking als Antwort auf die EU-Zölle mit

Gegenzölle auf Verbrenner antworten sollte. „Die Gewinne brechen dann ein, die Verkaufszahlen sinken. Da könnten schnell mal 100 000 Arbeitsplätze verloren werden“, so seine Befürchtung. Und: „Je weiter wir uns von China entfernen, um so schwieriger wird es

werden.“

An welchen Stellschrauben gedreht werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, liegt für Constantin M. Gall von der Unternehmensberatung EY auf der Hand: kürzere Entwicklungsphasen, agilere Prozesse und kürzere Produkt-

zyklen. Chinas Erfolge basieren darauf, seien ein Weckruf. Die etablierten Autobauer hätten sich zu lange sicher gefühlt und Kundenwünsche oft falsch eingeschätzt. Rückstände bei Batterietechnologie und Software gegenüber China sind freilich nach Meinung vieler Marktkenner nur schwer aufzuholen.

Dass der Bau von hochsubventionierten Chipfabriken in Magdeburg (Intel) und im Saarland (ZF/Wolfspeed) auf Eis liegen, ist dabei ein Rückschlag. „Die Chips bekommt der, der die höchsten Marktpreise bezahlt und nicht der, der zuvor die höchsten Subventionen gewährt hat“, so der Ökonom Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Und Exportbeschränkungen, um das zu verhindern, kann sich das Exportland Deutschland seiner Ansicht nach absolut nicht leisten. Wettbewerbsfähigkeit könne eben nicht herbei subventioniert werden.

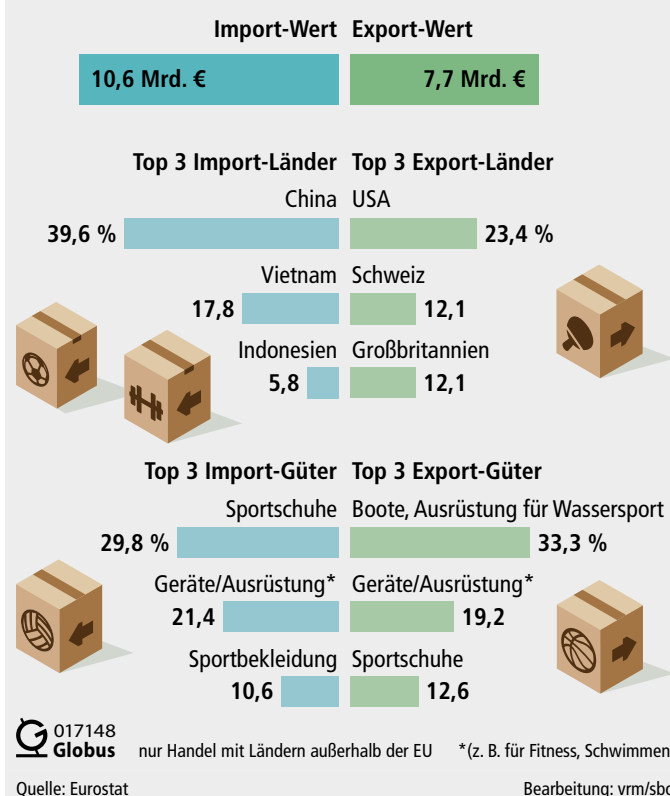
Schließungen und Stellenabbau seien auch bei Stellantis, der Opel-Mutter, nicht ausgeschlossen, so der scheidende CEO Carlos Tavares jüngst. Für manche der 14 Konzernmarken habe er Kaufangebote aus China erhalten, so Tavares. Er habe abgelehnt, sitzt aber bekanntlich ab 2026 nicht mehr am Steuer des viertgrößten Autobauers weltweit. Dann haben andere zu entscheiden. Und müssen sich dabei warm anziehen. „Das ist China gegen Europa“, so die Strategieberatung Stax.

Weil es auf dem chinesischen Heimatmarkt, dem global größten, eng geworden ist und die USA sich abschotten mit 100 Prozent Importzoll, zieht es die Chinesen verstärkt nach Europa. Positiver Aspekt: Ein Preisrutsch bei E-Autos 2025, auch weil zu hohe Flottenemissionen EU-Strafzahlungen auslösen, so EY-Fachmann Gall. Aber es stehen eben auch viele Jobs im Feuer, meinen die Berater von McKinsey. Zumal China auch Verbrenner anbieten will.

GRAFIK DES TAGES

HANDELN MIT SPORTARTIKELN

So hoch waren die Einfuhren und Ausfuhren von Sportartikeln der EU im Jahr 2023



HEIZÖL

Frankfurt/Rhein-Main

Menge in Liter	Preis in €	Preis Vorwoche in €
500 - 1.000	125,74 - 113,17	128,12
1.001 - 1.500	105,55	109,06 - 107,93
1.501 - 2.500	101,63	113,00 - 104,45
2.501 - 3.500	101,99 - 95,68	101,03 - 98,06
3.501 - 4.500	96,39 - 94,25	105,80 - 96,63
4.501 - 5.500	95,62	98,00
5.501 - 6.500	98,80 - 92,82	95,20
6.501 - 7.500	92,58	97,16 - 94,96
7.501 - 8.500	94,49 - 92,46	94,84
8.501 - 10.000	95,78	99,72

Wiesbaden/Mainz

500 - 1.000	113,25 - 106,33	115,43 - 109,90
1.001 - 1.500	108,20 - 103,53	108,48 - 107,70
1.501 - 2.500	104,85 - 99,60	105,02 - 103,17
2.501 - 3.500	102,19 - 95,80	101,09 - 99,37
3.501 - 4.500	98,29 - 95,50	99,07 - 98,61
4.501 - 5.500	97,98 - 94,96	98,83 - 98,00
5.501 - 6.500	97,74 - 94,61	98,29 - 97,56
6.501 - 7.500	98,57 - 94,25	97,82 - 96,99
7.501 - 8.500	96,85 - 93,77	97,34 - 96,79
8.501 - 10.000	96,63 - 93,06	99,97 - 96,39

Stand: 30.10.24
Die Tabelle zeigt die Preisspannen für 100 Liter leichtes Heizöl (Premium-Qualität) frei Verwendertank einschließlich 19 Prozent Mehrwertsteuer, gegebenenfalls zuzüglich Sicherheits- und Transportpauschale. Die Verkaufspreise des Handels wurden von der Frankfurter IHK Heizöl- und Produktenbörse am Markt festgestellt. Höhere oder niedrigere Preise können im Einzelfall vorkommen. Je nach Entfernung können Frachtschläge hinzukommen.

Schwarzarbeit boomt in Deutschland

Bußgelder wegen nicht ordnungsgemäß angemeldeter Beschäftigung schießen in die Höhe

Von Birgit Marschall

BERLIN. Die Summe der von Zollbeamten vollstreckten Buß- und Verwarnungsgelder wegen Schwarzarbeit in deutschen Betrieben ist im vergangenen Jahr drastisch gestiegen: Die zuständige Zoll-Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) hat 2023 rund 96 Millionen Euro an Bußgeldern eingezogen – und damit drei Mal so viel wie noch 2022. Das geht aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) im Bundestag hervor.

Die durch Schwarzarbeit festgestellten Schäden insgesamt lag demnach erheblich höher bei rund 615 Milliarden Euro. „Die Schadenssumme umfasst den festgestellten Sozialversicherungsschaden, den Steuerschaden aufgrund eigener Ermittlung der FKS, den Steuerschaden der Landesfinanzverwaltung (...) sowie den sonstigen Schaden“, schreibt das Ministerium. Die Schadenssumme ist den FKS-Daten zufolge 2023 gegenüber 2022 um etwa 70 Milliarden Euro gesunken.

Schwarzarbeit ist jedoch vor allem wegen der hohen Inflation in den vergangenen Jahren ein wieder zunehmendes Problem: Nach einer Prognose des Instituts für Angewandte Wirt-

schaftsforschung in Tübingen (IAW) soll der Wert der durch Schwarzarbeit illegal erwirtschafteten Leistungen im laufenden Jahr auf über 480 Milliarden Euro steigen. Der Wert ist geringer als die durch Schwarzarbeit verursachte volkswirtschaftliche Schadenssumme insgesamt, da etwa hohe Kosten für die Kontrolle hinzukommen. Zwar habe der starke Bürgergeld-Anstieg zu Jahresbeginn den Anreiz für viele Bezieher, nebenbei schwarz hinzuzuerdienen, etwas gesenkt. Doch die Rückkehr zum vollen Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie habe den gegenteiligen Effekt.

Das Bundesfinanzministerium hatte die Ermittlungsbilanz der FKS für das Jahr 2023 bereits im Februar veröffentlicht. Demnach leiteten die Zollbeamten rund 101.000 Strafverfahren gegen Unternehmen und Beschäftigte ein – das waren rund 10.000 weniger als 2022. Bei gut 7200 Fällen wurden Ordnungswidrigkeiten eingeleitet, das waren fast 1000 mehr als 2022. Bei gut 7200 Ordnungswidrigkeiten im vergangenen Jahr wurden Verstöße gegen das Mindestlohngesetz festgestellt – die Lohnuntergrenze wurde also unterlaufen. Im Vorjahr 2022 lagen diese Verstöße noch bei 5900 Fällen.

Durch die Mithilfe der Finanzkontrolleure konnte die Rentenversicherung bei Arbeitgebern und Beschäftigten hohe Nachforderungen stellen. Im Jahr 2023 seien von den Trägern der Rentenversicherung „Nachforderungen im Zusammenhang mit Feststellungen bei Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in Höhe von 513.333.762,61 Euro ohne Säumniszuschläge geltend gemacht“ worden, heißt es in der Antwort.

„Trotz geringer und rückläufiger Kontrolldichte ist die Zahl der festgestellten Verstöße gegen das Mindestlohngesetz in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Eine effektive Durchsetzung des Mindestlohngesetzes erfordert deutlich mehr Kontrollen“, sagte Alexander Ulrich, sozialpolitischer BSW-Sprecher im Bundestag. „Nur ein Bruchteil – in den meisten Jahren weniger als fünf Prozent – des festgestellten, durch Schwarzarbeit verursachten Sozialversicherungs- und Steuerschadens kann durch verhängte Verwarnungs- und Bußgelder wieder eingeholt werden. Das ist eine inakzeptable Belastung der öffentlichen Haushalte“, so Ulrich. „Die Quote muss steigen, dafür braucht es jedoch mehr Überprüfungen, mehr kompetentes Personal und mehr Befugnisse für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.“



Mitarbeiter des Zolls bei einer Baustellenkontrolle in Wiesbaden: Schwarzarbeit ist auf dem Vormarsch. Foto: Lukas Görlach

Inflation steigt deutlich

WIESBADEN (dpa). Der Trend sinkender Inflationsraten in Deutschland ist vorerst beendet. Im Oktober lagen die Verbraucherpreise um 2,0 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, was das Statistische Bundesamt in Wiesbaden in einer ersten Schätzung mitteilt. Vor allem für Lebensmittel (plus 2,3 Prozent) und Dienstleistungen (4,0 Prozent) mussten Verbraucher im Oktober mehr zahlen, während sich Energie in der Jahressfrist um 5,5 Prozent verbilligte. Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer warnte nun vor zu viel Eile: „Die unerwartet hohe Inflationsrate im Oktober zeigt, wie hartnäckig die Inflation ist.“ Sebastian Becker, Volkswirt bei Deutsche Bank Research, sprach von einer „handfesten negativen Überraschung“. Die Bundesbank rechnet damit, dass die Teuerung bei Dienstleistungen wegen der gestiegenen Löhne noch eine Weile erhöht bleibt. Ähnlich sieht es das Ifo-Institut: Unternehmen, etwa in der Industrie und im Handel, planten vermehrt wieder höhere Preise, beobachtet das Wirtschaftsforschungsinstitut. „In den kommenden Monaten dürfte die Inflationsrate wieder etwas anziehen und die Zwei-Prozent-Marke der Europäischen Zentralbank erreichen“, sagte Ifo-Konjunktur- und Wirtschaftsexperte Sascha Möhrle.

KOMMENTAR



Die Probleme des BVB gehen weit über die Trainerbank hinaus

Von Pascal Affelder
pascal.affelder@vrm.de

Platz sieben in der Bundesliga-Tabelle, DFB-Pokal-Aus in der zweiten Runde und wettbewerbsübergreifend fünf Auswärtsniederlagen in Serie. Dass angesichts dieser Statistiken viel über BVB-Trainer Nuri Sahin diskutiert wird, ist selbstverständlich. So läuft das Geschäft, insbesondere bei einem großen Verein wie Borussia Dortmund. Betrachtet man die Entwicklung bei den Schwarz-Gelben über die vergangenen knapp zehn Jahre, drängt sich allerdings der Eindruck auf: Die Probleme in Dortmund gehen weit über die Trainerbank hinaus. Seit Jürgen Klopp im Sommer 2015 nach sieben Jahren in Westfalen seinen Hut nahm, verschlissen die Borussen schon sieben Trainer! Darunter so renommierte Fußballlehrer wie Thomas Tuchel oder Lucien Favre. Sahin droht nun der Achte zu werden, der den (zu hohen) Erwartungen der Vereinsführung nicht gerecht wird. Seit den Glanzzeiten unter Klopp erhalten die Übungsleiter beim BVB leider wenig Vertrauen und werden mit unrealistischen Zielvorgaben zugeschüttet, während die Kaderplanung oft zu wünschen übrig lässt. Die Wahrheit ist: Borussia Dortmund ist keine Spitzenmannschaft. Um irgendwann wieder eine zu werden, braucht es Konstanz. Entwicklung braucht Zeit. Jürgen Klopp wurde in seiner ersten Saison beim BVB auch nicht Deutscher Meister.

ZITAT DES TAGES

„Er wird seinen Fahrstil nicht ändern, nur weil es ein paar Stewards gibt, die ihn nicht mögen.“

Jos Verstappen, früherer Auto-Rennfahrer aus den Niederlanden, über seinen Sohn Max Verstappen, der in der Formel 1 für seine aggressive Fahrweise kritisiert und bestraft wird. Weil das Team den Motor wechseln muss, wird Verstappen zudem beim nächsten Rennen in der Startaufstellung fünf Plätze nach hinten versetzt.

TOP & FLOP

+ Nikola Jokic

Eine erneut starke Leistung von Dennis Schröder hat den Brooklyn Nets in der NBA nicht zum Sieg gereicht – weil Nikola Jokic ein Stück Basketball-Geschichte schrieb. Die Nets verloren gegen die Denver Nuggets 139:144 nach Verlängerung, wobei Schröder auf 28 Punkte und überragende 14 Vorlagen kam. Jokic allerdings verbuchte noch bessere 29 Zähler, 18 Rebounds und 16 Vorlagen – eine solche Ausbeute war in der Geschichte der NBA erst einem anderen Spieler gelungen: Oscar Robertson. Die Nets gaben eine 17-Punkte-Führung aus der ersten Halbzeit noch aus der Hand.

- Schalke 04

Beim Fußball-Zweitligisten gibt es nach dem Aus in der zweiten Runde des DFB-Pokals gegen den FC Augsburg (0:3) laut „Sky“ die Überlegung, dass der erst am 6. Oktober verpflichtete neue Trainer Kees van Wonderen im Falle einer weiteren Niederlage am Freitag bei Aufsteiger SSV Ulm schon wieder entlassen werden soll. Schalkes Sportdirektor Ben Manga widerspricht dem aber. „Das ist absoluter Bullshit“, sagte Manga. Kees van Wonderen, der Nachfolger von Karel Geraerts geworden war, hat seine drei bisherigen Pflichtspiele mit S04 alle verloren.

STENOGRAMM

Jürgen Klopp: Die Fußballtrainer-Legende hat im Podcast „Einfach mal Luppen“ der Brüder Toni und Felix Kroos seinen von vielen Fans kritisierten Wechsel zum Red-Bull-Konzern verteidigt. „Es war für mich immer klar, dass ich nicht gar nichts machen werde. Und da kam die Geschichte Red Bull aufs Tableau. Ich habe, muss man klar sagen, die Red-Bull-Geschichte nie so kritisch begleitet“, sagte der 57-Jährige. Zugleich sagte Klopp: „Ich wollte niemandem auf die Füße treten, ganz bestimmt nicht. Und ich liebe alle meine Ex-Vereine. Ich weiß gar nicht genau, was ich hätte machen können, damit alle happy gewesen wären.“

Bastian Schweinsteiger: Der Weltmeister von 2014 hat seinen Vertrag als Fußball-Experte der ARD bis 2027 verlängert.

Tennis: Alexander Zverev ist mit einem Sieg in das Turnier von Paris gestartet. Nach einem Freilos in der ersten Runde setzte sich der Olympiasieger von 2021 gegen den Niederländer Tallon Griekspoor 7:6 (7:2), 6:3 durch. Im Achtelfinale trifft Zverev nun auf den Franzosen Arthur Fils. Dieser hatte zuvor



Jürgen Klopp „wollte keinem auf die Füße treten“. Foto: dpa

den Deutschen Jan-Lennard Struff 6:3, 6:4 bezwungen.

Rhythmische Sportgymnastik: Die Weltmeisterschaft 2026 wird vom 12. bis 16. August in der Frankfurter Festhalle ausgetragen.

Eishockey: Der deutsche Nationalspieler Alexander Ehl von der Düsseldorfer EG musste am Knie operiert werden und fällt rund vier Wochen aus.

Handball: Bundestrainer Alfred Gislason hat auf die jüngsten Absagen reagiert und Max Beneke (Füchse Berlin) und Lukas Stutzke (Hannover-Burgdorf) für den Auftakt der EM-Qualifikation gegen die Schweiz (7.11.) nachnominiert.



Überragender Mann mit drei Toren in Halbzeit eins beim Bayern-Sieg in Mainz: Jamal Musiala.

Foto: Lukas Görlach

Musiala zerlegt Mainz 05

Mit vier Toren in Halbzeit eins macht der FC Bayern das Weiterkommen im DFB-Pokal früh klar

Von Dominik Theis

MAINZ. Nichts zu holen war für den FSV Mainz 05 in der zweiten Runde des DFB-Pokals. Beim Heimspiel gegen den FC Bayern München gerieten die 05er mit 0:4 (0:4) unter die Räder. Glanzvolle Bayern ließen dank vier Treffern in Durchgang eins nie den Keim einer Sensation aufkommen. Hauptakteur in der einseitigen Partie wurde Jamal Musiala, der per Dreierpack erfolgreich war (2. Minute/37./45.+4). Das zwischenzeitliche 3:0 erzielte Leroy Sané (45.+1).

Vor dem Spiel gab es auf Seite der Mainzer eine Überraschung. Gabriel Vidovic, die Leihgabe vom FC Bayern München, durfte gegen seinen Stammverein von Beginn an ran. Das brachte den 05ern allerdings zunächst nichts, da die Bayern nach 89 Sekunden schon das erste Mal jubelten. Alphonso Davies drang auf der linken Bayern-Seite Richtung Strafraum durch, legte auf Höhe des Sechzehners quer auf Harry Kane, der Musiala per feiner Ablage ins Duell mit Zent-

ner schickte. Musiala vollendete überlegt ins rechte Toreck – 1:0 für die Bayern nach zwei Minuten.

Rekordmeister trifft doppelt kurz vor der Pause

Danach drückten die Bayern weiter und hätten mit 2:0 in Führung gehen müssen, denn nach einem Solo von Sané verpasste Serge Gnabry im Nachschuss um Haaresbreite den zweiten Treffer der Gäste (26. Minute). Allerdings ebnete die Gefahr der Bayern weiterhin nicht ab, auch in der 30. Minute fehlte nicht viel, doch Zentners Fußballwehr verhinderte, dass sich Sané aus 15 Metern für ein tolles Solo belohnte. Nur drei Minuten später wurden dann auch die 05er erstmals gefährlich, als Anthony Caci nach einer Flanke von Philipp Mwene den Ball Volley aufs Tor brachte, doch Bayern-Verteidiger Min-Jae Kim klärte gerade noch rechtzeitig zur Ecke.

Doch fast im Gegenzug schlugen dann die Bayern zu. Nach Sané-Flanke verlor Kohr das Luftduell gegen Kane, dessen

Kopfball Zentner zunächst noch parieren konnte, doch Musiala fiel der Ball vor die Füße und es war ein Leichtes für den deutschen Nationalspieler, aus zwei Metern frei einzuschleichen. Die verdiente 2:0-Führung für die Bayern nach 37 Minuten. Bitter für Mainz: Musiala stand dabei hauchzart mit der Schulter im Abseits, doch weil es keinen Videoschiedsrichter in der Zweiten Runde des DFB-Pokals gibt, zählte der Treffer. Es war aber auch ein Sinnbild dafür, dass bei Mainz 05 in Durchgang eins herzlich wenig zusammenlief. Was aber weniger an den 05ern selbst, sondern an der Stärke der Bayern lag, die vor allem im Gegenpressing den 05ern bei ihren wenigen Balleroberungen nicht den kleinsten Raum für einen Konter ließen. Der Favorit machte die Tür nicht mal einen Spalt auf.

Ganz im Gegenteil: In der Nachspielzeit machten die Bayern nach einem Konter durch Sané sogar den Deckel noch vor dem Pausenpfeif drauf (45.+1), der Zentner keine Chance ließ und zum 3:0 vollendete. Doch

der deutsche Rekordmeister hatte noch nicht genug. In der 45.+4 erhöhte Musiala per Nachstochern im Getümmel auf 4:0, der dritte Treffer des deutschen Ausnahmespielers in 45 Minuten. Eine beeindruckende Bayern-Dominanz.

Zur Pause wechselten beide Seiten munter durch. Kane und Musiala blieben bei den Münchenern in der Kabine, auf der Mainzer Seite kamen die Routiniers Stefan Bell und Karim Onisiwo. Letzterer bekam in der 57. Minute nach einem Steilpass von Armindo Sieb dann auch die Chance zum Anschluss, doch seinen Abschluss aus 15 Metern wehrte Manuel Neuer zur Seite. 15 Minuten später zeigten sich dann auch die Bayern mal wieder gefährlich, als der als Innenverteidiger eingewechselte Leon Goretzka per Kopf Zentner zu einer Glanzparade zwang (72.). In der Folge passierte nichts mehr – auch weil die Bayern einen Gang rausnahmen und nach ereignisreicher erster Halbzeit das Gaspedal in ihrem eigentlichen Hochgeschwindigkeitsfußball nicht mehr fanden.

Frankfurter Traumsturm liefert

Eintracht besiegt Gladbach im Pokal in Unterzahl dank der Treffer von Ekitiké und Marmoush

FRANKFURT (dpa). Eintracht Frankfurt ist trotz fast 80-minütiger Unterzahl gegen Borussia Mönchengladbach ins Achtelfinale des DFB-Pokals eingezogen. Nach einer Roten Karte für Arthur Theate in der 15. Minute gewann die Eintracht im Duell der Fußball-Bundesligisten zu Hause mit 2:1 (1:0). Die Gladbacher müssen sich vorwerfen lassen, die lange Überzahl nicht ausgenutzt zu haben.

Die Gastgeber waren kurz vor der Pause durch Stürmer Hugo Ekitiké in Führung (45.+2) gegangen. Zu Beginn der zweiten Hälfte glich Innenverteidiger Ko Itakura (47.) für die Borussia aus. Der eingewechselte Omar Marmoush sorgte für den Siegtreffer (70.).

Die Frankfurter konnten somit auch den berechtigten Platzverweis für Theate wertschätzen. Bei einem Angriff der Gladbacher war der Abwehrmann ausgerutscht und hatte als letzter Feldspieler den Ball mit der Hand gespielt. Eintracht-Coach Dino Topp-

möller verzichtete in der Startelf auf Topscorer Marmoush, um ihn inmitten von drei englischen Wochen eine kleine Verschnaufpause zu geben.

Die 58.000 Zuschauer in Frankfurt sahen ein ausgeglichenes Match mit leichten

Vorteilen für die Eintracht. In der 15. Minute lag der Ball nach einem Schuss von Ekitiké schon im Netz der Gladbacher, doch der Franzose hatte zuvor Itakura gefoult.

Die Gäste hatten nach dem Platzverweis für Frankfurts

Theate häufiger den Ball und in der 31. Minute auch die bis dahin beste Chance der Partie. Ein Kopfball aus kurzer Distanz von Nationalstürmer Tim Kleindienst ging aber nicht auf, sondern über das Tor.

Doch bis auf diese Gelegenheit blieb die Borussia bis zur Pause offensiv harmlos. Anders die Eintracht, die kurz vor dem Halbzeitpfeif einen Konter perfekt ausspielte und durch Ekitiké zur Führung traf.

Das 1:0 nahm die SGE zwar in die Kabine mit. Nach Wiederanpfiff hatte der Spielstand nicht lange Bestand, weil Itakura von der Strafraumkante sehenswert traf. Die Borussia agierte nun deutlich zielstrebtiger und kam immer wieder zu gefährlichen Abschlüssen.

Die Eintracht stellte sich aber keineswegs nur hinten rein. In der 63. Minute brachte Toppmöller Marmoush, nur wenige Minuten später erzielte er das 2:1. Danach verteidigten die Frankfurter clever und hätten durch Ellyes Skhiri (88.) sogar fast noch das 3:1 erzielt.



Der Jubel bei der Eintracht ist nach dem Sieg im Pokal gegen Gladbach groß. Foto: dpa

Bielefeld schmeißt Union Berlin raus

KÖLN (dpa). Arminia Bielefeld hat den 1. FC Union Berlin aus dem DFB-Pokal geworfen und den Traum der Köpenicker vom Heimfinale in der Hauptstadt schon früh zerstört. Der Bundesligist unterlag beim Drittligisten in der zweiten Runde mit 0:2 (0:1). Die in dieser Saison sonst so stabile Mannschaft von Trainer Bo Svensson präsentierte sich defensiv überraschend anfällig und hatte vorne kein Glück. Vor 26.117 Zuschauern auf der ausverkauften Alm erzielten Marius Wörl in der 12. Minute und André Becker (71.) die Tore für den Außenseiter, dessen Fans eine große Pokalparty feierten.

ERGEBNISSE

FUSSBALL

DFB-Pokal, zweite Runde

Eintracht Frankfurt – Mönchengladbach 2:1 (1:0)
Tore: 1:0 Ekitiké (45.+2), 1:1 Itakura (47.), 2:1 Marmoush (70.).

SR: Jöllenbeck (Freiburg). – Zuschauer: 58.000.

SC Freiburg – Hamburger SV 2:1 (2:0)

Tore: 1:0 Ginter (19.), 2:0 Grifo (44., Foulelfmeter), 2:1 Meffert (51.).

SR: Brych (München). – Zuschauer: 34.500.

SC Paderborn – Werder Bremen 0:1 (0:1)

Tore: 0:1 Ducksch (30.).

SR: Burda (Berlin). – Zuschauer: 15.000.

Hertha BSC – 1. FC Heidenheim 2:1 (1:0)

Tore: 1:0 Scherhan (16.), 2:0 Cuisance (74.), 2:1 Schimmer (89.).

SR: Kampka (Mainz). – Zuschauer: 43.000.

FSV Mainz 05 – FC Bayern München 0:4 (0:4)

Tore: 0:1 Musiala (2.), 0:2 Musiala (37.), 0:3 Sané (45.+1), 0:4 Musiala (45.+4).

SR: Stegemann (Niederkassel). – Zuschauer: 33.305.

Dynamo Dresden – Darmstadt 98 n.V. 2:3 (0:0)

Tore: 0:1 Vukotic (57.), 1:1 Lemmer (85.), 1:2 Kemp (90.+1, Foulelfmeter), 2:2 Lemmer (90.+11), 2:3 Lidberg (98.).

SR: Stieler (Hamburg). – Zuschauer: 30.070.

Arminia Bielefeld – FC Union Berlin 2:0 (1:0)

Tore: 1:0 Wörl (13.), 2:0 Becker (71.).

SR: Haslberger (Freising). – Zuschauer: 26.117.

TSG Hoffenheim – 1. FC Nürnberg 2:1 (1:0)

Tore: 1:0 Tabakovic (27.), 1:1 Emreli (48.), 2:1 Charles (72.).

SR: Gerach (Landau). – Zuschauer: 18.001.

1. FC Köln – Holstein Kiel 3:0 (1:0)

Tore: 1:0 Lemperle (8.), 2:0, 3:0 Waldschmidt (84./90.-7.).

SR: Dankert (Rostock). – Zuschauer: 49.000.

Jahn Regensburg – Greuther Fürth 1:0 (0:0)

Tore: 1:0 Bulic (59.).

SR: Bauer (Mainz). – Zuschauer: 11.627.

VfB Stuttgart – 1. FC Kaiserslautern 2:1 (1:1)

Tore: 1:0 Woltemade (14.), 1:1 (43./Foulelfmeter), 2:1 Führich (75.).

SR: Schlager (Hügelheim). – Zu.: 60.000.

VfL Wolfsburg – Borussia Dortmund n.V. 1:0 (0:0)

Tore: 1:0 Wind (117.).

SR: Siebert (Berlin). – Zuschauer: 30.000.

Auslandsligen

Italien: FC Empoli – Inter Mailand 0:3, FC Venedig – Udinese Calcio 3:2, Atalanta Bergamo – AC Monza 2:0, Juventus Turin – Parma Calcio 2:2, Cagliari Calcio – FC Bologna 0:2, US Lecce – Hellas Verona 1:0, AC Mailand – SSC Neapel 0:2.

EISHOCKEY

DEL

Straubing Tigers – Nürnberg Ice Tigers 1:4

FUSSBALL-TERMINE

Bundesliga

Bayer Leverkusen – VfB Stuttgart (Fr., 20.30)

Zweite Bundesliga

SSV Ulm – FC Schalke 04 (Fr., 18.30)

Preußen Münster – Fort. Düsseldorf (Fr., 18.30)

Dritte Liga

Viktoria Köln – VfB Stuttgart II (Fr., 19.00)

TV-TIPP

Donnerstag

keine Live-Übertragungen im Free-TV.

Freitag

12.05, Eurosport: Cyclocross, X20 Badkamers Trofee, Frauen in Oudenaarde / 13.40: Männer-Rennen.

19.00, Eurosport: Handball, Frauen-Bundesliga, HSG Blomberg-Lippe – HSG Bensheim/Auerbach.

TIPPS

REZEPT DER WOCHE

Gruselige Halloween-Amerikaner



(dpa). Food-Bloggerin Mareike Pucka liebt Halloween. Gebäck zum Geisterfest muss für sie aber nicht unbedingt gruselig sein – witzig aber schon. Bei ihren Amerikanern tanzen Gummwürmer auf Erdkrümel: „Als ich ein Kind war, also irgendwann in den 90ern, waren unsere selbst veranstalteten Faschingspartys das Größte für mich. Die Deko, die Spiele, die Kostüme – ich habe alles daran geliebt. Dann

wurde ich größer – und Fasching zu mögen war eher uncool. Aber dann kam der Halloween-Trend langsam, aber sicher auch zu uns. Und heute finde ich: Das Geisterevent ist wie Fasching – nur viel cooler. Schon die Deko dazu ist der Hammer, die Kostüme sind viel witziger und ich liebe Halloween-Rezepte. Für mich muss es allerdings nicht unbedingt gruselig sein, also weniger abgehackte Finger mit Kunstblut und so, dafür mehr lustige und niedliche Dinge. Wie meine Amerikaner mit Keksen-Erdkrümel und Gummwürm-Deko. Perfekt auch als Beitrag für die Halloweenparty in der Kita.“

Zutaten für 14 Halloween-Amerikaner

Für den Teig:

75 g zimmerwarme Butter
80 g Zucker
1 Päckchen Vanillezucker
1 Prise Salz
2 Eier
250 g Mehl
3 gestrichene TL Backpulver
100 ml Milch
+ Milch zum Bestreichen

Für die Deko:

Spritzbeutel
10 gefüllte Schokokekse
Gummwürmer
200 g Glasurzucker
Wasser

Zubereitung:

1. Den Backofen auf 180 Grad Ober-Unterhitze vorheizen.
2. Zwei Backbleche mit Backpapier belegen.
3. Die zimmerwarme Butter mit Zucker, Vanillezucker und Salz in eine Rührschüssel geben und schaumig aufschlagen.
4. Die Eier dazugeben und unterrühren.
5. Mehl und Backpulver miteinander vermischen und den Mix abwechselnd mit der Milch in die Rührschüssel geben.
6. Den homogenen Teig in den Spritzbeutel füllen und 14 Kreise auf die mit Backpapier belegten Backbleche - dabei auf ausreichend Abstand achten
7. Jedes Blech nacheinander 13-15 Minuten backen. Die heißen Amerikaner nach 10 Minuten Backzeit mit Milch bestreichen, dann zu Ende backen.
8. Die Amerikaner komplett auskühlen lassen.
9. Aus Glasurzucker und Wasser dickflüssigen Zuckerguss anrühren.
10. Die Schokokekse halbieren und die Füllung rauskratzen.
11. Die Kekshälften in einen Gefrierbeutel geben und mit einem Nudelholz klein walzen.
12. Die Amerikaner mit dem Zuckerguss bestreichen, mit den Kekskrümel bestreuen und mit zwei Gummwürmern verzieren.

Mehr Rezepte unter <https://www.biskuitwerkstatt.de/> Foto: dpa

SCHWANGERSCHAFT

Drei Tipps gegen Übelkeit



(dpa). „Und – ist dir übel?“ Diese Frage bekommen Frauen oft gestellt, wenn sie verkünden, dass sie schwanger sind. Warum manche an Übelkeit und Erbrechen leiden und andere nicht, hat vermutlich mit einem in der Plazenta erzeugten Hormon namens GDF15 zu tun, berichtet die Zeitschrift „Eltern“ (Ausgabe 10/2024). Aber was können betroffene Frauen tun?

Drei Tipps, die bei leichter bis

mittelschwerer Schwangerschaftsübelkeit helfen:

1. Kleine Snacks essen: „Hunger ist meist ein großer Trigger“, sagte der Gynäkologe Martin Göpfert der Zeitschrift. Er ist Oberarzt am Klinikum Dritter Orden in München und rät, dem Magenknurren mit kleinen, langsam gegessenen Snacks zuvorzukommen. Das stabilisiere den Blutzuckerspiegel und halte das besagte Hormon in Schach. Besser als Fettiges sind protein- und kohlenhydrathaltige Snacks, besser als scharf oder süß ist herzhaftes Essen. Also etwa ein Käsebrot, Zwieback, Reis, Kartoffeln oder Suppe. Es darf auch mal ein kleines Müsli, ein Schälchen Joghurt oder eine Banane sein. Vielen Frauen tut es gut, morgens noch im Bett ein Toast zu knabbern.
2. Lutschen und trinken: Auch Frische kann helfen: Etwa ein Minzbonbon lutschen oder nach dem Essen die Zähne putzen. Besonders wichtig ist es laut dem Gynäkologen, viel zu trinken. „Kalte Getränke sind für die meisten Patientinnen leichter zu konsumieren als warme“, sagt Göpfert. So würden manche morgens eine kühle Cola mögen. Übrigens: Tees oder Bonbons mit Ingwer können die Übelkeit mindern. Allerdings kann Ingwer leicht wehenfördernd sein, daher sollte es nicht zu viel des Guten sein.
3. Trigger vermeiden: Der Oberarzt empfiehlt, sich gut zu beobachten und etwa eine Woche lang zu notieren: Wonach wird mir übel? Welches Aroma macht mich fertig? Trigger sind sehr individuell. Kennt man sie, kann man sie möglichst vermeiden. Foto: dpa

Den richtigen Umgang finden

Wie man Kollegen in Trauer einfühlsam begleiten kann – Expertinnen geben Rat

Von Amelie Breitenhuber

Trauer macht auch vor dem Arbeitsplatz nicht halt. Es ist aber individuell, wie eine Person auf den Verlust des Vaters, des eigenen Kindes oder einer engen Freundin reagiert. Nach einem solch immensen Einschnitt kann Arbeit für die einen banal erscheinen – für andere wiederum eine Stütze sein. Wie findet das Team den richtigen Umgang, wenn Kollegen trauern?

1. Die erste Reaktion

Erfährt man als Kollege davon, dass es bei einem Teammitglied einen Trauerfall gab, ist da oft viel Unsicherheit. Was kann ich jetzt sagen? Sprachlosigkeit sei eine häufige Reaktion, beobachtet Susanne Schlenker, die als Trauerbegleiterin auch Firmen und Unternehmen berät – „weil Menschen schlicht überfordert sind.“

Sterben, Tod und Trauer seien Themen, mit denen wir verlernt hätten umzugehen. Laut Schlenker ist es daher wichtig, sich – auch in der Arbeitswelt und besonders als Führungskraft – mit den eigenen Emotionen zum Thema Endlichkeit und dem, was dabei Angst macht, auseinanderzusetzen. „Wenn ich diese Berührungängste verloren habe, reagiere ich nicht mehr automatisch, sondern dann kann ich ganz empathisch auf den Trauernden zugehen.“

Wer die Nachricht bekommt, dass etwa eine Kollegin Mutter oder Vater verloren hat, sollte gar nicht sofort „in die Reaktion gehen“, rät Tanja M. Brinkmann, die als selbstständige Trauerberaterin arbeitet. Wichtig sei, erst mal innezuhalten und zu sehen: Was macht das eigentlich mit mir? „Dass ich schaue, wie viel Mitgefühl löst das jetzt gerade in mir aus?“ Dann könne man sich überlegen: „Was wünsche ich mir selbst, wenn ich in so einer Situation bin? Und passt das auch zu meinem Kollegen, der trauert?“

Häufig brauche es dann gar nicht besonders viele Worte. „Reden ist für mich Bronze, Fragen ist Silber und Zuhören Gold“, sagt Brinkmann. Oft



Trauer kostet Energie – bei der Arbeit brauchen Trauernde deswegen vor allem Rücksichtnahme und wenig Druck. Foto: dpa

brauche es eher eine Frage an die Trauernden. Oder eine Geste wie eine Umarmung – je nachdem wie nah man sich ist. „Viel klüger ist es, den Trauernden selbst sprechen zu lassen“, so Brinkmann.

Wichtig ist Susanne Schlenker zufolge, auf die Menschen zuzugehen, die Trauer erfahren – und nicht wegzulaufen oder aus Unsicherheit so zu Trauernden zugehen. „Besonders Führungskräfte sollten offen fragen, was die trauernde Person jetzt braucht.“

2. Gesten zur Kondolenz

Ist eine Trauerkarte angemessen, sollte ich zur Trauerfeier kommen – oder ist das zu aufdringlich? Geht es um Trauerbekundungen aus dem Kollegenkreis, ist es wichtig, die Bedürfnisse der Trauernden zu respektieren. Eine Kondolenzkarte aber ist fast immer angemessen. „Die meisten Trauernden finden es total gut, von ihren Kollegen, von ihren Vorgesetzten oder von ihrem Unternehmen eine Trauerkarte zu bekommen“, sagt Tanja M. Brinkmann. Bestenfalls eine sehr persönlich

geschriebene, die ohne Floskeln auskommt.

Bei der Trauerfeier komme es darauf an, was gewünscht ist. Manche wollen die Beisetzung im engsten Familienkreis begehren, andere finden es berührend, wenn Menschen aus der Firma Anteilnahme zeigen. „Das wird sehr wohl wahrgenommen“, so Brinkmann. Es sei eine schöne Geste, um zu zeigen: „Ich fühle mit dir. Es betrifft mich auch, dass du jemand Wichtiges verloren hast.“

Entscheidend sei aber auch, sich zu fragen, ob man das selbst will. Wer selbst einen Verlust verarbeitet, darf sagen: Das ist gerade nichts für mich. „Ich finde es wichtig, da authentisch zu bleiben“, sagt Brinkmann.

3. Der erste Tag zurück im Job

Der Kollege erscheint schon am Tag nach der Trauerfeier wieder bei der Arbeit und macht sogar Überstunden? Auch wenn man persönlich findet, jemand sollte sich erst mal Zeit für sich nehmen oder die Familie unterstützen –

des Einzelnen berücksichtigen.

Für viele Trauernde bedeute Arbeit auch Stabilität. Hier sollte sich das Team bewusst sein, dass das Berufsleben unter Umständen auch einfach ruhig und stabil weiterlaufen kann – weil es das ist, was der trauernden Person wieder Struktur und Halt gibt, während zu Hause nichts mehr so ist, wie es vorher war.

4. Im Arbeitsalltag ankommen

In der ersten Zeit brauchen Trauernde am Arbeitsplatz vor allem Rücksichtnahme – und möglichst wenig Druck. Wer einen nahen Angehörigen oder die beste Freundin verloren hat, ist emotional gestresst. „Man geht davon aus, dass der Trauerprozess in einem solchen Fall bis zu 50 Prozent der Energie braucht“, sagt Brinkmann. „Selbst wenn es mir also total wichtig ist, dass ich wieder zur Arbeit gehe, weil da wenigstens noch alles ist wie zuvor, sollte klar sein, dass ich trotzdem nicht die gleiche Leistungsfähigkeit habe wie vor dem Verlust.“

Hilfreich sei dann, wenn die Führungskraft und das Team möglichst viel Flexibilität und Verständnis anbieten können und nicht der Anspruch herrscht, dass eine Person gleich wieder zu 100 Prozent funktioniert.

Das Team kann in der Anfangszeit praktische Unterstützungsangebote machen: „Schaffst du es, deine Aufgaben zu erledigen? Dürfen wir dich unterstützen oder dir et was abnehmen?“

5. Der Trauer Raum geben

Irgendwann geht es bei der Arbeit trotz einschneidender Verluste doch wieder zu Alltäglichem über. Dennoch sollten Kollegen sowie Führungskräfte im Kopf behalten, dass die Trauer nicht in ein paar Wochen erledigt ist, so Schlenker. Und an besonderen Tagen – sei es der Todestag oder der Geburtstag der verstorbenen Person – könne die Trauer noch mal extrem hochkommen, auch wenn es ein oder zwei Jahre später ist.

Familien-Rock statt Kinderlieder

Der Familien-Blog



Kerstin Petry
Redakteurin der
Kinderzeitung Kruschel

Es gab eine Zeit, da hatte ich als Mutter vor allem eines: Ohrwürmer, die nicht mehr verschwinden wollten. Tausende Male war ich in der Kleinkindzeit zu Besuch in der Weihnachtsbäckerei, und Stups der kleine Osterhase ließ sich genauso zuverlässig blicken wie der Herbst. Ist der etwa schon wieder da? Bevor ich dann zum millionsten Mal zu Aramsamsam meine Arme in die Luft werfen musste und der tausendste Affe durch meinen Synapsenwald rasen konnte, machte ich mich auf die Suche nach Musik, die Kinder lieben und die auch Eltern gut finden. Und zwar nicht nur „ich-kann-das-ertragen-gut“, sondern wirklich „wow-das-könnte-ich-

auch-ohne-Kinderhören-gut“. Fündig wurde ich damals bei der selbst ernannten besten Kinderband der Welt: **Deine Freunde**. Dreimal war ich (meine Kinder durften auch dabei sein) mittlerweile auf Konzerten, die sich ehrlich und humorvoll durch das Leben von Kindern und Eltern rappt. Die Liveshows sind wirklich großartig. Der Bereich vor der Bühne ist für Kinder reserviert, dahinter stehen die Eltern, die mindestens genauso enthusiastisch mitsingen und tanzen. Ein wahres Familienfest. Mittlerweile gibt es Kinderlieder für wirklich jeden Geschmack. Fans von Heavy Metal headbangen zum Lied „Pommesgabel“ von **Heavysaurus** – einer als Dinos verkleideten Kinder-Metalband. Punkrocker werden mit **Randale** glücklich, und Elektropunkliebhaber dürften die **Zuckerblitzband** lieben. Denn dahinter steckt kein Geringerer als Porky von Deichkind. Wer



Die Kinderband „Deine Freunde“. Foto: dpa



Dinos auf der Bühne – die Band „Heavysaurus“. Foto: dpa

es klassischer, aber starbesetzt mag, sollte mal in die **Giraffenaffen** reinhören. Hier verleihen Stars wie Thomas D, Cassandra Steen oder Mark Forster klassischen Kinderliedern einen neuen Anstrich. Und wer erinnert sich noch an die Wise Guys? A capella gibt es von ihnen mittlerweile auch im Kinderformat und nennt sich **Eddi & Dän**. Wir sind also angekommen in einem neuen Zeitalter der Kindermusik. Musik, die nicht nur erträglich ist,

sondern die Brücke zwischen den Generationen schlägt. Sie ist humorvoll, ein bisschen frech und vor allem – sie rockt. Versammelt sind all die Tipps hier übrigens auch auf unserer Playlist namens Kruschelrock auf Spotify. Hier haben die Redakteurinnen der Kinderzeitung ihre Lieblings-Kindermusik gesammelt. Viel Spaß beim Mitrocken!



Mehr Geschichten aus dem Familienleben und den kostenlosen Familiennewslettern mit Nachrichten für Eltern und Kinder gibt es auf www.kruschel.de



Hannoveraner Staatsanwalt festgenommen

HANNOVER (dpa). Ein Staatsanwalt aus Hannover ist wegen des Verdachts der Bestechlichkeit festgenommen worden und sitzt in Untersuchungshaft. Der Haftbefehl sei am Dienstag erlassen worden, bestätigte eine Sprecherin des Justizministeriums der niedersächsischen Landeshauptstadt am Mittwoch. Einem Medienbericht zufolge soll der 39-Jährige eine Drogen-Bande mit Informationen versorgt haben. Persönliche Angaben zu dem Mann machte die Sprecherin nicht.

Der Vorwurf laute unter anderem auf Bestechlichkeit in einem besonders schweren Fall, sagte sie. „Es ist ein laufendes Ermittlungsverfahren und es besteht ein dringender Tatverdacht.“ Allerdings gelte auch hier die Unschuldsvermutung. Die Justiz werde den Fall sorgfältig aufarbeiten. Laut der Zeitung soll der Ermittler führende Köpfe eines Drogenkartells vor einer bundesweiten Razzia 2022 gewarnt haben.

Mützenstreit: Flug verspätet

LONDON (dpa). Ein handfester Streit um eine „Make America Great Again“-Mütze, wie Anhänger von US-Präsident Donald Trump sie tragen, hat zwei Frauen ihren Flug in die USA gekostet. Die Maschine der Fluggesellschaft British Airways hob schließlich mit rund zwei Stunden Verspätung in Richtung der Stadt Austin in Texas ab, wie das Unternehmen mitteilte. Auslöser war die rote Basecap: Eine Reisende trug die Mütze, als sie am Londoner Flughafen Heathrow auf den Einstieg wartete. Darüber regte sich eine andere Passagierin so stark auf, dass die beiden Frauen sich im Gate-Bereich prügeln. Im Flugzeug, wo beide Reisende im selben Bereich saßen, setzte sich der Streit fort.

Opfer werden entschädigt

LONDON (dpa). Die britische Regierung hat eine milliarden-schwere Entschädigung für Opfer eines Skandals um verseuchte Blutkonserven angekündigt. Insgesamt sollen 11,8 Milliarden Pfund ausgezahlt werden, wie Finanzministerin Rachel Reeves in London sagte. Im größten Behandlungsskandal des britischen Gesundheitsdiensts NHS hatten in den 1970er- und 1980er-Jahren etwa 30.000 Menschen kontaminierte Blutprodukte erhalten. Mehr als 3000 Opfer starben, nachdem sie sich bei Bluttransfusionen oder Behandlungen mit HIV oder Hepatitis C infiziert hatten. Ein Bericht prangerte Versagen von Politikern, Behörden und Medizinern an: Der Skandal sollte damals vertuscht werden.

Frau findet Fisch mit Botschaft

HAMBURG (dpa). Ausgesetzte Hunde oder Katzen sind keine Seltenheit. In Hamburg hat eine Frau aber nun einen verlassenen Fisch entdeckt und zur Polizei gebracht. Neben abgelegten Büchern und Spielsachen habe sie den orange-gelben Fisch in der Nähe des Bahnhofs Altona gefunden, teilte die Polizei mit. In einem Transportbeutel mit Wasser und angeklebtem Notizzettel wurde er dort zum Verschenken zurückgelassen. „Hallo, ich bin Fisch Gabriel. Bitte kümmern Sie sich um mich“, war dort zu lesen.



„Ich hatte Todesangst“

Tödlicher Unfall auf der Autobahn 66: Vor dem Landgericht Frankfurt schildern Betroffene ihre teils traumatisierenden Erlebnisse

Zwei ausgebrannte Autos, eine tote Fahrerin: Das waren die Folgen eines illegalen Autorennens am 10. Oktober auf der A66 bei Hofheim am Taunus.

Archivfoto: dpa

Von Sascha Kircher

FRANKFURT. Es waren dramatische Szenen, die sich am 10. Oktober 2020 auf der Autobahn 66 nach einer Kollision mit mehreren beteiligten Fahrzeugen abspielten: Zwei Fahrzeuge brannten lichterloh, in einem starb die 71-jährige Petra D. – ein Zeuge schildert am Mittwoch vor dem Frankfurter Landgericht, dass er damals dasselbe Schicksal für sich befürchtete, nachdem auch sein Transporter, getroffen von einem Lamborghini, Feuer gefangen hatte: „Ich war kurz davor, in meinem Auto zu verbrennen – und keiner hätte mir geholfen.“

Der Mann erzählt, er habe bei dem Unfall Brandverletzungen an den Stimmbändern erlitten, danach sei er „komplett verwirrt“ gewesen und habe „tagelang nicht schlafen“ können. „Ich war ein Jahr im Krieg, das habe ich schneller verarbeitet als diesen Tag“, sagt der aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Zeuge. Er meint damit den furchtbaren Tod der Se-

niorin in ihrem brennenden Fahrzeug: „So sterben will keiner.“

Vor dem Gericht müssen sich seit Mitte September zwei der mutmaßlichen Verursacher des fatalen Unfalls verantworten: Ramsy A. (38) und Tim G. (30), damals im Lamborghini, beziehungsweise Porsche, mit hoher Geschwindigkeit auf der A66 unterwegs, wird von der Anklage die Teilnahme an einem verbotenen Kraftfahrzeugrennen in zwei Fällen vorgeworfen, außerdem unerlaubtes Entfernen vom Unfallort.

„Menschlich unkorrektes“ Verhalten am Unfallort?

„Wenn ich mich unschuldig fühle, warum haue ich dann ab?“, fragt der Zeuge in Richtung der beiden Angeklagten. Sie hätten sich am Unfallort „menschlich unkorrekt“ verhalten – ebenso wie der dritte Angeklagte Habiballah F. (33), dessen Verfahren abgetrennt wurde, nachdem er nicht aus dem Iran zur Hauptverhandlung angereist war.

Dessen Lamborghini traf den Transporter des Zeugen, trotzdem sei es ihm und seinen Kumpels nur um einen Laptop im brennenden Sportwagen gegangen, nicht um die Seniorin im brennenden Skoda. Außerdem habe der Lamborghini-Fahrer wiederholt seine Unschuld betont: „Du bleibst hier, du hast gesehen: Der hat mich gerammt“, soll Habiballah F. zu dem Unfallzeugen gesagt haben. Mit „der“ ist ein mittlerweile 60-jähriger Pfarrer gemeint, der ohne zu blinken mit seinem Opel nach links gezogen war und dort mit Habiballah F.s Lamborghini kollidierte. Der Opel-Fahrer wurde im Mai wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe auf Bewährung verurteilt.

Am Unfallort habe Habiballah F. von ihm verlangt, dass er seinen Sportwagen lösche, erzählt als Zeuge vor Gericht ein Polizist, der damals als einer der ersten vor Ort war. Der Lamborghini-Fahrer habe sich sofort als Unfallbeteiligter zu erkennen gegeben und den Polizisten den Unfallhergang aus seiner Pers-

pektive geschildert. Knapp zwei Wochen nach dem schrecklichen Vorfall sei der Sportwagenfahrer zur Polizei gekommen und habe „unbedingt sagen wollen“ – auch gegen den ausdrücklichen Rat seines Rechtsanwalts, berichtet ein weiterer Polizist, der zur damals gebildeten Ermittlungsgruppe „Torro“ gehörte.

Dem Polizei-Notruf „illegales Straßenrennen“ gemeldet

Kernaussage seinerzeit: Er sei kein Rennen gefahren, sondern habe sich bald nach der Auffahrt auf die Autobahn in Wiesbaden entschieden, die organisierte Ausfahrt unter dem Motto „Ride along“, an der insgesamt zwölf angemeldete Fahrer hochmotorisierter Fahrzeuge teilnehmen, zu verlassen. Für die Fahrweise und die Unfallflucht der beiden anderen Angeklagten könne er nichts, vielmehr belasteten ihn die Vorverurteilung in der medialen Berichterstattung und die Anfeindungen in den sozialen Medien.

Belastet durch das damals Erlebte fühlt sich nach wie vor auch eine heute 30-jährige Studentin, die als Zeugin schildert, wie sie auf der Autobahn von Ramsy A.s Lamborghini und Tim G.s Porsche, die „zickzack“ überholt hätten, von rechts und links geschnitten worden sei: „Ich hatte Todesangst, habe eine Vollbremsung hingelegt und die Polizei angerufen“, erinnert sich die Frau. „Ich wäre fast verunglückt“, berichtete sie damals „mit Herzklopfen“ der Leitstelle, „das ist lebensgefährlich“. Die Aufzeichnung ihres Notrufs wird vor Gericht abgespielt. Darin berichtet sie von einem „illegalen Straßenrennen“. Wie sie zu dieser Einschätzung komme, fragt die Vorsitzende Richterin die Zeugin. „Wenn jemand so kreuz und quer über die Straße fährt und so auf die Tube drückt...“ – sie habe mit ihrem Notruf Schlimmeres vermeiden wollen. Vier Minuten später rief sie wieder bei der Polizei an, um einen Unfall zu melden. Da war das Schlimmste bereits passiert.

Der Prozess wird am 1. November fortgesetzt.

Besser nicht knuddeln oder küssen

Nach Ansicht von Experten geht von Alpakas und Lamas auch eine Infektionsgefahr aus / „Nicht in Panik verfallen“

JENA (dpa). Alpaka-Wanderungen sind im Trend – doch von den Tieren geht laut Experten auch eine Infektionsgefahr aus. „Unsere Sorge ist, dass mit dem gestiegenen Angebot viele Menschen in Kontakt mit Alpakas kommen, die sonst wenig Kontakt mit Nutztieren haben“, sagt Christian Menge vom Friedrich-Loeffler-Institut in Jena. Von Durchfallerregern über Milben bis hin zu Tuberkulose könnten die Tiere Keime in sich tragen, die auch auf den Menschen überspringen könnten. Auch als



Die knuffigen Alpakas erobern die Herzen vieler im Sturm. Wanderungen mit den Tieren liegen voll im Trend. Foto: dpa

Therapietiere werden sie eingesetzt. „Kinder oder ältere Menschen haben aber auch eine höhere Infektanfälligkeit“, so Menge. Dazu komme, dass Alpakas und Lamas oft mit anderen Tieren wie etwa Pferden und Wiederkäuern gehalten werden. Hier könnten Erreger überspringen. Schätzungen gingen von 35.000 bis 40.000 Lamas und Alpakas in Deutschland aus, so Henrik Wagner von der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er leitet ein Forschungsprojekt mit dem Jenaer Institut, bei dem es

um eine Art Bestandsaufnahme von Erregern bei Neuweltkamelen geht. Bisher habe es keine Daten gegeben. „Man darf jetzt nicht in Panik verfallen“, so Wagner. Aber es sei wichtig, dass die Gesundheit der Tiere regelmäßig von Tierärzten kontrolliert werde. Oftmals funktioniere das schon gut. Menge ergänzte, man könne sich durch die Einhaltung von Hygieneregeln schützen: „Kein zu enger Kontakt, die Tiere nicht küssen und im Anschluss die Hände waschen.“

Berliner Stiftung ändert Lindenberg-Hit

BERLIN (dpa). Chöre in Berlin wollen bei Udo Lindbergs Hit „Sonderzug nach Pankow“ aus dem Jahr 1983 das Wort „Oberindianer“ weglassen. Es könne aus heutiger Sicht diskriminierend wahrgenommen werden, teilte die Stiftung Humboldt Forum in Berlin zur Begründung mit. Anlass sind zwei geplante Auftritte im November von acht Chören in dem Zentrum für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung. Nach einer offenen Diskussion mit den Chören und der künstlerischen Leitung habe sich die Stiftung entschieden, das Wort zu streichen.

Früherer Bezug zur DDR sei heute diskriminierend

„Auch wenn das Wort in dem Lied in seiner Entstehungszeit 1983 eine metaphorische Konnotation hatte – und es sich damals satirisch-kritisch auf Erich Honecker bezog – sind wir uns auch bewusst, dass in dem Wort die Gewaltgeschichte der Kolonisierung indigener Bevölkerungsgruppen nachklingt“, teilt die Stiftung weiter mit. Das Wort werde von vielen indigenen Menschen und von vielen Besuchern als diskriminierend und rassistisch wahrgenommen.

Protest gegen Super-Radarfallen



Eine Radarfalle in Paris: Künftig soll sie mehr können, als Temposünder zu erfassen. Foto: dpa

PARIS (dpa). Für Aufregung bei Autofahrern in Frankreich sorgt die Ankündigung, dass ein Teil der rund 4000 Radarfallen im Land künftig auch den Abstand, die Gurtpflicht und das Handyverbot am Steuer überwachen sollen. Versteckt in einem Anhang der Haushaltsplanung 2025 steifen Medien auf den Plan, die Zahl der fest installierten Radarfallen auf 4160 zu erhöhen und mehrere Hundert der Blitzer in die Lage zu versetzen, neben Tempo- und Rotlicht- auch weitere Verstöße automatisch zu ahnden. Radargeräte der neuesten Generation könnten mit Hilfe künstlicher Intelligenz in die Lage versetzt werden, automatisiert auch weitere Verstöße zu erfassen. Für den Ausbau seien im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 46,3 Millionen Euro reserviert.

LEUTE HEUTE

Feind

Jan Josef Liefers (60) hat keine Angst mehr vor einem medialen Shitstorm, vor wüsten Beschimpfungen. „Das ist ein Knall, der passiert und der geht auch wieder vorbei“, sagte der Schauspieler anlässlich des Kinostarts seines neuen Films „Alter weißer Mann“. „Es macht mich unglücklich, wenn fremde Leute mich öffentlich zum Feind stempeln und mich attackieren und fertigmachen wollen.“



Jan Josef Liefers

Familie

Die Schauspielerin **Nadja Uhl** (52) legt in ihrem Privatleben nach eigener Darstellung keinen Wert auf eine perfekte Fassade. „Wir waren nie eine ideale Familie, aber wir haben uns alle unendlich lieb. Das hat mich, meine fast erwachsenen Kinder und meinen Mann zusammengebracht.“ Uhl sagte, sie sei gerne das Herzstück ihrer Familie und hole zum Beispiel alle zum Essen zusammen.



Nadja Uhl

Frack

Tote-Hosen-Frontmann **Campino** hat sein Erscheinen im Frack bei einem Staatsbankett mit König Charles III. verteidigt. „Es gibt einfach Dinge, die einem wichtig sind und die man dann tun muss, ganz egal, was es da für einen Shitstorm gibt“, sagte Campino (62). Sein Erscheinen im Frack hatte dem als Punkrockler bekanntgewordenen 62-Jährigen einigen Spott eingebracht.



Campino

Fotos: dpa



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

1911: Erste Hygiene-Ausstellung in Dresden geht zu Ende

Am 31. Oktober 1911 schließt in Dresden die erste Internationale Hygiene-Ausstellung ihre Tore. Nach sechsmonatiger Dauer haben fünfzehn Millionen Menschen das Angebot genutzt. Sie konnten sich auf einer 30 Hektar großen Fläche über Gesundheit und Hygiene informieren. Die Präsentationen über Infektionskrankheiten, Körperpflege und Krankenfürsorge richteten sich sowohl an das breite Publikum als auch an Mediziner. In der „Internationalen Abteilung“ stellten zudem Länder wie Brasilien, China, England, Frankreich und Japan ihre Fortschritte im Gesundheitswesen vor und zeigten landestypische Ernährungs- und Wohnformen.

Initiiert wurde die Ausstellung vom Dresdner Unternehmer Karl August Lingner, der seit 1892 das Mundwasser „Odol“ vermarktet. Aufgrund des Erfolges entsteht die Idee, einen festen Standort für die Hygiene-Ausstellung zu gründen. Mit der 2. Internationalen Hygiene-Ausstellung 1930 wird das noch heute bestehende Deutsche Hygiene-Museum in Dresden eröffnet.

1922: Mussolini triumphiert in Italien

Am 31. Oktober 1922 marschiert Benito Mussolini, der Anführer der italienischen Nationalen Faschistischen Partei, mit seinen Anhängern in Rom ein. Dort hält er eine Parade ab, um seine Machtübernahme zu demonstrieren. Einen Tag zuvor wurde er von König Vittorio Emanuele III. zum Ministerpräsidenten des Königreichs Italien ernannt. Damit wollte dieser einen Bürgerkrieg im innenpolitisch zerrütteten Italien verhindern. Unter Mussolini wandelt sich die konstitutionelle Monarchie in eine Diktatur. Hitler, der in Mussolini ein Vorbild sieht, lässt Italien 1939 den „Stahlpakt“ unterzeichnen - ein Versprechen zur gegenseitigen militärischen Unterstützung im Falle eines Krieges, aber auch für den Fall, dass eines der beiden Länder einen Angriffskrieg führen will. Mit diesem Bündnis will Hitler Italien auch als Partner für den Zweiten Weltkrieg gewinnen.

1961: Stalins Leiche wird umgebettet

Am 31. Oktober 1961 wird der Leichnam des sowjetischen Diktators Josef Stalin in einer geheimen, nächtlichen Aktion nachts vom Mausoleum am Roten Platz in Moskau zur Kreml-Mauer umgebettet. Stalins Leiche, die einbalsamiert im Lenin-Mausoleum liegt, soll von dort verschwinden, weil Stalin die Ideale Lenins verraten haben soll. Nach Stalins Tod 1953 und der Machtübernahme durch Nikita Chruschtschow wollen sich die Sowjets von der düsteren Vergangenheit lossagen. In der gesamten UdSSR werden die Denkmäler für Stalin abgebaut.

Stalins Sarg fährt auf dem

Roten Platz in Moskau, gesäumt von Soldaten und Politikern. Im Gegensatz zu seiner pompösen Beerdigung verlief die Umbettung Stalins unspektakulär: In einem Holzsarg wird die Leiche nachts zur Kreml-Mauer gebracht und dort vergraben.

1965: Proteste gegen Verbot von „Beatmusik“

Am 31. Oktober 1965 treffen sich rund 1.000 Jugendliche in Leipzig, um gegen das Verbot von 44 „Beatmusik“-Gruppen zu protestieren. Die Polizei löst die Demo mit Wasserwerfern, Hunden und Gummiknüppeln auf. 264 Jugendliche werden festgenommen, einige von ihnen anschließend in einem sofort eingeleiteten Strafverfahren verurteilt. Sie müssen zu einem „mehrwöchigen beaufsichtigten Arbeitseinsatz“ in den Braunkohlentagebau Regis-Breitungen. Der Arbeitseinsatz soll als Erziehungsmaßnahme dienen.

Als „Beatmusik“ wird in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem Rockmusik mit Gitarreneinsatz beschrieben. DDR-Chef Walter Ulbricht sieht in der „Beatmusik“ allerdings den „Versuch west-imperialistischer Drahtzieher, die akustische Kriegsvorbereitung in die DDR zu tragen“. Er entzieht allen dazugehörigen Bands die Lizenz und lässt sie verbieten.

1990: Erster Reformationstag nach Wiedereinführung

Am 31. Oktober 1990 wird der Reformationstag erstmals wieder als arbeitsfreier Feiertag begangen. 23 Jahre zuvor hat die DDR-Führung den Reformationstag sowie vier weitere arbeitsfreie Feiertage abgeschafft. Grund dafür ist die 1967 von der SED beschlossene Fünftagewoche. Um einen Teil der weggefallenen Arbeitszeit auszugleichen, wird die Gesamtzahl der arbeitsfreien Tage in der DDR reduziert. Neben dem Reformationstag werden Ostermontag, Buß- und Betttag, Himmelfahrt und der „Tag der Befreiung“ am 8. Mai gestrichen.

2020: Flughafen „BER“ in Berlin-Brandenburg eröffnet

Am 31. Oktober 2020 öffnet der Berliner Flughafen „BER“ mit neun Jahren Verspätung seine Pforten. Eigentlich ist die Eröffnung für Oktober 2011 geplant, doch wegen Planungsfehlern, technischen Problemen und Baumängeln muss die Eröffnung sechs Mal verschoben werden. Damit explodieren auch die geplanten Kosten: Knapp sechs Milliarden Euro statt geplanten 2,7 Milliarden Euro kostet der Bau des Flughafens schlussendlich. Namensgeber des Flughafens ist Willy Brandt (1913-1992), der vierte Kanzler der Bundesrepublik. Nach Angaben des Flughafens steht der Name symbolisch dafür, dass Berlin durch den BER wieder die Ost-West-Drehscheibe ist, die Europa mit der Welt verbindet - so, wie es sich Willy Brandt einst erhofft hat.

Energie, die lieb und teuer ist

UNTERWEGS MIT DEM LANDRAT Eintauchen in Schifferstadts kalte Nahwärme



Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sind zur Landratswanderung mit Clemens Körner nach Schifferstadt gekommen.

Fotos: suk

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Die Wanderungen von Landrat Clemens Körner sind beliebt bei den Bürgern. Diesmal hatte der Kreischef Schifferstadt als Ziel ausgesucht. Zwei prägnante Projekte wurden vorgestellt, eine Bahnfahrt inklusive.

Das Thema autarke Energieversorgung, die auch noch CO₂-neutral sind, steht hoch im Kurs bei der Bevölkerung. Die große Zahl der Anwesenden auf dem Gelände, auf dem eine Heizzentrale und ein Stromspeicher für das kalte Nahwärmenetz entsteht, ist Nachweis dafür. Alle wollen Näheres wissen über „GUSEA“, das Green Urban Smart Energy Area.

Die Versorgung über Photovoltaik und Speichertechnik, kombiniert mit intelligentem Energiemanagement, steht als Ziel dahinter. Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) erinnert an das Jahr 2014, als sich Stadt und Kreis einen Antrag beim Wettbewerb Bürgerenergieideen gestellt haben. „Wir kommen hierbei zu einem Ergebnis“, betont sie und Körner ergänzt: „Was uns lieb und teuer ist.“

„Wir müssen aber weiter denken, an die nachfolgenden Generationen.“

Ilona Volk

Verständlich, die Einlassung des Landrats, denn das Projekt wiegt millionenschwer. Die Förderung für den ersten Ausbauschritt lässt selbst Laien die Dimensionen erahnen. Rund 7,1 Millionen Euro stehen auf dem Förderbescheid aus Mitteln der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

„Wir müssen aber weiter denken, an die nachfolgenden Generationen“, stellt Volk vor über 40 Personen heraus. Körner formuliert es ungeschönt und weist auf einen Begriff hin, der ihm Kritik einbrachte. Sich von den Schurkenstaaten unabhängig

machen in der Energieversorgung wolle man, hatte der Landrat zu Beginn des Projekts gesagt. „Man sieht, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, sagt er jetzt angesichts der politischen Entwicklungen in Europa und der Welt mit Nachdruck.

Holz hackschnitzeln seien zuerst angedacht gewesen, ruft Körner in Erinnerung. Sascha Bub, bei den Stadtwerken Schifferstadt für Wärme, Kälte und Klima verantwortlich,

„Alle Gebäude sind über ein Datenkabel vernetzt.“

Sascha Bub

berichtet von zwölf Lieferungen, die das pro Woche bedeutete hätte - logistisch nicht machbar. Dafür gibt's jetzt eine Solewasser-Wärmepumpe und 227 Sonden, die 95 Meter tief in die Erde ragen, um dort an Wasser zu gelangen, das zur Energiegewinnung genutzt wird.

Volkshochschule, Haus des Kindes, Kita Rettichnest, Neue Kreissporthalle, Kreisbad, Sportschule - überall Sorge eine Wärmepumpe dafür, dass der Bedarf der Gebäude gedeckt wird. „Alle Gebäude sind über ein Datenkabel vernetzt“, erklärt Bub. Photovoltaik gibt es auf

„Es gab ein langes Prozedere im Vorfeld wegen Immissionschutzverordnungen. Alles ist genehmigt.“

Sascha Bub

dem Dach und an den Seiten. „Jede Kilowattstunde, die wir nicht verbrauchen, ist gut“, betont Bub. Denn die wird gespart und gespeichert. Wichtige Info des Stadtwerke-Fachmanns: „Es wird keine Energie ins öffentliche Netz fließen.“ Sukzessive könnten im Nachgang weitere Anschlüsse erfolgen, ohne dass im



Vorfeld Mehrkosten produziert werden müssen, ergänzt Bub.

Gut 45 Prozent der Energie, die zur Versorgung des Bereiches rund um das Schulzentrum notwendig ist, stammt aus dem Erdreich. „Es gab ein langes Prozedere im Vorfeld wegen Immissionschutzverordnungen. Alles ist genehmigt“, so Bub. Sogar ein Blick ins Innere der Heiz-

zentrale ist für die Gäste der Landratswanderung drin.

Viele Rohre und noch mehr Planskizzen sind zu sehen. Im Detail gibt Bub einen Überblick über den Aufbau der eigenen Wärmeversorgungsnetze mit kaltem und warmem Temperaturniveau, bevor die Gruppe weiterzieht. Der Fußmarsch führt zum S-Bahn-Haltepunkt Schifferstadt Süd. Um 11.11 Uhr fährt

der Zug gen Hauptbahnhof. Nach zwei Minuten ist die Reise bereits zu Ende: weiter geht's aufs ehemalige Areal der Bereitschaftspolizei.

Das Bauvorhaben des Unternehmens Heberger, zu dem auch der Neubau des Kreishauses gehört, werden dort im Fokus stehen, bevor die vielen Informationen bei einem Imbiss verdaut werden. (weiterer Bericht folgt)

WIR GRATULIEREN

Frau Elisabeth Amon, zum 93. Geburtstag.
Herrn Heinz Blenk, zum 87. Geburtstag.
Frau Liselotte Safferling, zum 83. Geburtstag.
Herrn Rainer Sutter, zum 82. Geburtstag.
Am Freitag:
Frau Yildiz Bediz, zum 88. Geburtstag.

KURZ UND BÜNDIG

Treffen der Frauenselbsthilfe nach Krebs

SPEYER. Die FrauenSelbst-Hilfe Krebs - Gruppe Speyer Abend-Aktiv trifft sich am Dienstag den 12.11.2024 von 19:00 -21:00 Uhr im Haus der AGFJ Familienhilfe, Dudenhofener Straße 3 in 67105 Schifferstadt. Der Abend steht unter dem Motto: Entspannt in die Adventszeit - Yoga mit Marlen. Bitte eine Yoga- bzw. Gymnastikmatte mitbringen. Weitere Informationen und Anmeldung bitte bei Manuela Schurhammer unter 06236/695507 oder per e-Mail an fsh-speyer-abend-aktiv@gmx.de

DJK-SV Phönix Spiele am Wochenende	
Freitag, 1. 11. 2024	
17.00 Uhr: D3 2. Kreisklasse	DJK-SV Phönix III - JSG Lustadt/Weing. II
Samstag, 2. 11. 2024	
11.00 Uhr: E2 1. Kreisklasse	TSV Lingenfeld - DJK-SV Phönix
11.30 Uhr: E3 1. Kreisklasse	FG 08 Mutterstadt II - DJK-SV Phönix III
12.00 Uhr: F2 Kinderfußball	DJK-SV Phönix II - SG Limburgerhof II
12.30 Uhr: D1 Landesliga	JSG Freinsheim/Weisenh. - DJK-SV Phönix
13.00 Uhr: F3 Kinderfußball	DJK-SV Phönix III - Dannstadt-Schauern. II
13.00 Uhr: C1 Landesliga	DJK-SV Phönix - FG 08 Mutterstadt
13.45 Uhr: E4 2. Kreisklasse	DJK-SV Phönix IV - 1. FFC Niederkirchen
15.00 Uhr: G1 Kinderfußball	DJK-SV Phönix - JFV Ganerlb
15.00 Uhr: B2 Kreisliga	DJK-SV Phönix II - 1. FC 23 Hambach
16.00 Uhr: B1 Landesliga	FG 08 Mutterstadt - DJK-SV Phönix
17.30 Uhr: A2 Landesliga	DJK-SV Phönix II - FG 08 Mutterstadt
17.30 Uhr: A1 Verbandsliga	FSV Offenbach - DJK-SV Phönix
Sonntag, 3. 11. 2024	
9.00 Uhr: F1 Kinderfußball	1. FC 23 Hambach - DJK-SV Phönix
11.00 Uhr: E1 Kreisliga	DJK-SV Phönix - FSV Schifferstadt
13.00 Uhr: Herren B-Klasse	DJK-SV Phönix II - FC Speyer 09 II
14.30 Uhr: Herren Landesliga	VfR Grünstadt - DJK-SV Phönix
15.00 Uhr: D2 1. Kreisklasse	DJK-SV Phönix II - FC Speyer 09 IV

www.schifferstadter-tagblatt.de

Bildung mit Biss: Alfred Hitchcock und seine Filmkomponisten

COCKTAIL FÜR EINE LEICHE VHS-Veranstaltung im Restaurant Salischer Hof



SCHIFFERSTADT. Am Sonntag, 10. November beginnt um 17 Uhr die Veranstaltung „Bildung mit Biss: Cocktail für eine Leiche: Alfred Hitchcock und seine Filmkomponisten“ im Restaurant Salischer Hof in Schifferstadt. Auf der Spur menschlicher Abgründe, hochdramatisch musikalisch untermalt und lecker abgeschmeckt mit einem mehrteiligen Menü erwartet die Besucherinnen und Besucher ein Abend voller wohliger Schauer. Anmeldeabschluss ist der 4. November.

Wer kennt sie nicht, die kultigen Filme von Alfred Hitchcock – Altmeister des intelligenten Suspense und Garant für gediegenes Gruseln?

Zeigten die 1950er Jahre noch starke Verwurzelung im Stil britischer Who's-done-it-Tradition mit schwarzem Humor, verlagerten sich im Folgejahrzehnt die Umsetzungen der vielfältigen Romanvorlagen auf tiefenpsychologische Aspekte der Verbrechen:

Maßstab setzten Meilensteine der Filmgeschichte wie „Psycho“ und „Die Vögel“, wofür Komponisten der ersten Garde wie Dimitri Tiomkin, Miklos Rosza, Franz Waxman, Bernard Herrmann oder John

Williams experimentelle Musiken und sogar Instrumente wie das Trautonium (Oskar Sala) entwickelten. Ab Mitte der 1960er Jahre spielten im Zuge der Popularität von Spionagefilmen zunehmend welt-



politische Themen innerhalb des „Kalten Kriegs“ eine Rolle. Das fast 50-stündige Interview des berühmten Regisseurkollegen Francois Truffaut „Mr. Hitchcock, wie haben Sie das gemacht?“ ließ das gebann-

te Publikum an den Entstehungsgeschichten der Meisterwerke teilhaben, die bis heute Einfluss auf die ganze Filmbranche ausüben. Anmeldungen sind online unter www.vhs-rpk.de mög-

lich. Für weitere Informationen können sich Interessierte bei der Stadtverwaltung Schifferstadt vormittags unter der Telefonnummer 06235/44-593 melden.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

Energieeffizient und nachhaltig modernisieren

STEIGENE ENERGIEKOSTEN Der neue Modernisierungsrechner der Sparkasse Vorderpfalz

LUDWIGSHAFEN/SPEYER/SCHIFFERSTADT. Angesichts steigender Energiekosten und des zunehmenden Umweltbewusstseins wird die Modernisierung von Immobilien immer wichtiger. Die Sparkasse Vorderpfalz bietet mit ihrem neuen Modernisierungsrechner ein innovatives Tool, das Hausbesitzern hilft, die energetische Sanierung ihrer Immobilien zu planen. Der Rechner unterstützt dabei, Einsparpotenziale zu identifizieren, geeignete Maßnahmen zu finden und staatliche Fördermöglichkeiten optimal zu nutzen.

Einfach und effizient: Die Modernisierungsplanung

Der Modernisierungsrechner ermöglicht es, den energetischen Zustand eines Hauses schnell und einfach zu analysieren. Nutzer können in wenigen Schritten den aktuellen Energiebedarf ihrer Immobilie ermitteln, passende Modernisierungsmaßnahmen planen und sich die potenziel-

len Kosteneinsparungen sowie die Reduktion des CO₂-Ausstoßes aufzeigen lassen. Peter Bausch, Leiter Immobilien-Center der Sparkasse Vorderpfalz, betont: „Mit unserem Modernisierungsrechner bieten wir Immobilienbesitzern ein effizientes Werkzeug, um den Wert ihrer Immobilie zu steigern und gleichzeitig die Energiekosten zu senken. Gerade in Zeiten der Energieverknappung ist es uns ein Anliegen, unseren Kunden die bestmögliche Unterstützung zu bieten – sei es durch individuelle Modernisierungspläne oder die Beratung zu staatlichen Förderungen.“

Schritt für Schritt zum individuellen Modernisierungsplan

Die Bedienung des Modernisierungsrechners ist einfach und übersichtlich gestaltet. Nutzer geben zunächst Basisdaten wie die Adresse, das Baujahr und den Energieträger ihrer Immobilie ein. Anschlie-



Peter Bausch, Leiter Immobilien-Center der Sparkasse Vorderpfalz betont: „Der Modernisierungsrechner unterstützt dabei, Einsparpotenziale zu identifizieren, geeignete Maßnahmen zu finden und staatliche Fördermöglichkeiten optimal zu nutzen.“

Foto: Sparkasse Vorderpfalz

ßend bewertet der Rechner den energetischen Zustand und erstellt eine Analyse des

jährlichen Energieverbrauchs. Den persönlichen Modernisierungsplan erhalten Kunden bequem als PDF per E-Mail. Zudem können sie jederzeit einen Beratungstermin mit einem Immobilienexperten der Sparkasse vereinbaren, um weitere Details zu besprechen. „Der Modernisierungsrechner ist auch auf mobilen Geräten wie Smartphones und Tablets nutzbar. So können unsere Kunden jederzeit und von überall auf die Ergebnisse zugreifen und die nächsten Schritte planen,“ erklärt Bausch.

Nachhaltige Sanierungen – ein Beitrag für die Zukunft

Die energetische Sanierung ist nicht nur eine Investition in die eigene Immobilie, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Der Modernisierungsrechner zeigt genau auf, wie viel CO₂ durch die geplanten Maßnahmen eingespart wer-

den kann. „Nachhaltigkeit liegt uns besonders am Herzen,“ unterstreicht Bausch. „Mit dem Modernisierungsrechner möchten wir unseren Kunden verdeutlichen, dass Modernisierungen nicht nur wirtschaftlich sinnvoll sind, sondern auch langfristig der Umwelt zugutekommen.“

Staatliche Förderungen clever nutzen

Ein wesentlicher Vorteil des Modernisierungsrechners liegt in der Möglichkeit, staatliche Förderprogramme für energetische Sanierungen zu identifizieren. Diese finanziellen Unterstützungen können erhebliche Beiträge zu den Investitionskosten leisten und die Modernisierung noch attraktiver machen. „Viele Immobilienbesitzer wissen nicht, dass es zahlreiche staatliche Fördermöglichkeiten gibt, die sie bei der Finanzierung ihrer Sanierung unterstützen können. Mit dem Modernisierungsrechner haben sie diese Informationen auf einen

Blick,“ erläutert Bausch.

Persönliche Beratung und Unterstützung durch die Sparkasse

Neben dem digitalen Tool bietet die Sparkasse Vorderpfalz auch umfassende Beratung durch ihre Immobilienexperten. In einem persönlichen Termin können Kunden ihren Modernisierungsplan weiter konkretisieren und die für sie passenden Finanzierungsoptionen finden. „Wer sich unsicher ist, ob und welche Maßnahmen sinnvoll sind, kann jederzeit auf uns zukommen,“ so Bausch. „Wir beraten umfassend, damit sich die Modernisierung sowohl für den Kunden als auch für die Umwelt auszahlt.“

Weitere Informationen zum Modernisierungsrechner der Sparkasse Vorderpfalz gibt es unter <https://www.sparkasse-vorderpfalz.de/de/home/privatkunden/immobilien/modernisierungsrechner.html>.

Themenabend und Erzählcafé

VEREIN FÜR HEIMATGESCHICHTE UND -KULTUR DUDENHOFEN E. V. Zwangsarbeit in Dudenhofen und der Vorderpfalz 1939 bis 1945

DUDENHOFEN. Der Verein für Heimatgeschichte und -kultur Dudenhofen e.V. lädt im November zu zwei bedeutenden Veranstaltungen ein, die das Thema der Zwangsarbeit in Dudenhofen und der Vorderpfalz während des Zweiten Weltkriegs näher beleuchten. Die Veranstaltungen bieten eine wertvolle Gelegenheit fundierte Einblicke in eine historische Thematik zu erlangen und sich mit einem oft verdrängten Kapitel der regionalen Geschichte auseinanderzusetzen.

Während des Zweiten Weltkriegs mussten - wie überall im nationalsozialistischen Deutschen Reich - auch in der Pfalz Kriegsgefangene und „Zivilarbeiter“innen Zwangsarbeit leisten. Sie kamen nicht nur in den großen Industriezentren wie Ludwigshafen

oder Kaiserslautern zum Einsatz, sondern wurden flächendeckend eingesetzt - von mittelgroßen Städten wie Speyer und Schifferstadt bis hin zu kleinen ländlichen Gemeinden und Dörfern wie Dudenhofen.

Die Einsatzgebiete waren breit gefächert und umfassten sowohl Industriebetriebe, kommunale Betriebe, Krankenhäuser, Land- und Forstwirtschaft, Handwerksbetriebe als auch Privathaushalte. Auf dem Höhepunkt 1943/44 belief sich die Zahl der Zwangsarbeiter in der Pfalz auf mindestens 70.000 Menschen - Männer, Frauen und auch Minderjährige - die als „Fremdarbeiter“ und billige Arbeitskräfte aus den von Deutschland besetzten Gebieten verschleppt, deportiert oder unter falschen Versprechungen „ins Reich“ verbracht



und hier ausgebeutet wurden. Ihre Unterbringung erfolgte je nach „Arbeitgeber“ in Lagern oder bei Privatleuten.

Am Mittwoch, den 27. November 2024, findet um 19:00 Uhr im Bürgerhaus in Dudenhofen ein Themenabend statt, der sich intensiv mit der Zwangsarbeit in der Region befasst. Die Veranstaltung organisiert der Heimatverein in Kooperation mit der Ortsgruppe Dudenhofen und dem

Forschungsprojekt „Zwangsarbeit in der Pfalz 1939 bis 1945: Internierung - Einsatzorte - Repression“ des Bezirksverbands Pfalz.

Schwerpunktthemen vor Ort: Die etwa zweistündige Abendveranstaltung in Dudenhofen soll einen Einblick in das Thema Zwangsarbeit in der Pfalz und insbesondere auch in der Gemeinde Dudenhofen während des Zweiten Weltkriegs geben.

Dr. Klaus J. Becker, stellvertretender Leiter des Stadtarchivs Ludwigshafen und Vorsitzender des Historischen Vereins der Pfalz e.V., Bezirksgruppe Ludwigshafen/Mannheim, wird in seinem Vortrag „Zwangsarbeit und Sonderaspekte des Ausländereinsatzes unter besonderer Berücksichtigung von Ludwigshafen und der Vorderpfalz“ in die Thematik einführen. In einem zweiten Teil wird Clemens Keller aus Dudenhofen die lokalen Gegebenheiten betrachten, den „Einsatz von Ostarbeiter*innen, Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilbeschäftigten in der Gemeinde Dudenhofen“ thematisieren und hierbei insbesondere auch auf die Situation des Einsatzes entsprechender Arbeitskräfte bei der ehemaligen Firma J. Walter Söhne ein-

gehen. Benedict von Bremen, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Kaiserslautern, wird zum Abschluss des Abends das Forschungsprojekt „Zwangsarbeit in der Pfalz 1939 bis 1945: Internierung - Einsatzorte - Repression“ vorstellen.

Der Eintritt zu diesem Themenabend ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Drei Tage nach dem Themenabend bietet der Heimatverein im Rahmen eines Erzählcafés am Samstag, den 30. November 2024, von 15:00 bis 17:30 Uhr im Sängerkreis der Liedertafel in Dudenhofen eine Plattform für den Austausch persönlicher Erinnerungen, Geschichten und Informationen zum Thema Zwangsarbeit. In einer offenen und respektvollen Atmosphäre

können Teilnehmer*innen Erlebnisse und Erzählungen von Zeitzeugen oder deren Nachkommen teilen, historische Dokumente wie Briefe und Fotos präsentieren oder sich über Details zu Arbeitsstätten, Arbeitslagern und den Bedingungen der Zwangsarbeiter in unserer Region austauschen.

Der Heimatverein möchte durch dieses Veranstaltungsformat das gemeinsame Erinnern und Verstehen eines wichtigen Teils der lokalen Geschichte fördern, die Erinnerungen an dieses oft vergessene, gar verdrängte Kapitel lebendig halten und für zukünftige Generationen bewahren. Insbesondere das Erzählcafé bietet hierfür einen optimalen Rahmen für den persönlichen Austausch, unabhängig davon, ob man am vorherigen Themenabend teil-

Urologische Klinik des Klinikums Ludwigshafen als international anerkanntes Ausbildungszentrum zertifiziert

Flache Hierarchien und große Unterstützung für Assistenzärzte



Prof. Dr. Markus Müller, Direktor der Urologischen Klinik.

Foto:Klinikum Ludwigshafen

LUDWIGSHAFEN. Bereits zum vierten Mal in Folge hat das European Board of Urology (EBU) die Urologische Klinik des Klinikums Ludwigshafen als anerkanntes Ausbildungszentrum zertifiziert. Besonders erwähnenswert seien laut der Auditoren die flachen Hierarchien und die große Unterstützung für die Assistenzärztinnen und -ärzte. Die Zertifizierung gilt für weitere fünf Jahre.

Seit mittlerweile 20 Jahren ist die Urologische Klinik des Klinikums Ludwigshafen vom European Board of Urology (EBU) als Ausbildungszentrum anerkannt. Ein Erfolg, der eine regelmäßige Re-Zertifizierung voraussetzt und damit verbunden ein umfangreiches Scoring-Verfahren verlangt. „Exzellente und zufriedene Mitarbeitende sind das höchste Gut einer Klinik, deshalb freuen wir uns sehr über die erfolgreiche Re-Zertifizierung“, sagt Prof. Dr. Markus Müller, Direktor der Urologischen Klinik.

Vor allem die flachen Hierarchien und die starke Unterstützung für die Assistenzärztinnen und -ärzte fielen dem

Bewertungsgremium positiv auf. Dementsprechend erhielt die Urologische Klinik um Prof. Dr. Müller im Bereich „Educational Climate“ („Ausbildungsklima“) die Höchstpunktzahl. Aber nicht nur dort: Auch die Bereiche „Clinical and theoretical training“ („klinische und theoretische Ausbildung“) und „Facilities“ („medizinische Ausstattung“) wurden mit der vollen Punktezahl bewertet. Als Basis dienten dabei nicht nur Scoring-Fragen; vielmehr führten die Auditoren – eine Ärztin aus Dänemark und ein Arzt aus der Schweiz – auch Einzelgespräche mit den Assistenzärztinnen und -ärzten, in denen sie sich ein Bild des Arbeitsalltags und des Ausbildungsstands machten.

„Gerade über die positive Bewertung unserer Mitarbeitenden freuen wir uns sehr. Es macht uns stolz, dass sich die Assistenzärztinnen und -ärzte in ihrem Arbeitsumfeld menschlich geschätzt und gleichzeitig fachlich gut ausgebildet fühlen“, sagt Prof. Dr. Müller. Diese Ausbildung können sie durch die internationale Anerkennung sogar

noch vertiefen: Das EBU verantwortet das Europäische Facharzt-Examen (FEBU), das die Assistenzärztinnen und -ärzte nach Wunsch ablegen können.

Über die Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gemeinnützige GmbH

Das Klinikum Ludwigshafen ist das drittgrößte Krankenhaus in Rheinland-Pfalz und ein Krankenhaus der Maximalversorgung. Es verfügt über 1.010 Betten und umfasst 17 Kliniken, fünf medizinische Institute, zehn zertifizierte Tumorzentren, zehn zertifizierte Zentren sowie zwölf Kompetenzzentren. Mit rund 3.500 Beschäftigten ist das KliLu der viertgrößte Arbeitgeber in der Rhein-Stadt. Es befindet sich in städtischer Trägerschaft und ist seit 1995 eine gemeinnützige GmbH. Zudem dient es als akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg.

Text: KliLu

Weinprobe im Historischen Museum der Pfalz

Erlös kommt Neugestaltung der Sammlung Weinmuseum zugute

SPEYER. Am Donnerstag, 28. November findet um 18:30 Uhr im Forum des Historischen Museums der Pfalz in Speyer eine Weinprobe mit dem Weingut Werner Anselmann, einem der großen familiengeführten Weingüter Deutschlands statt.

Für die Rot- und Roséweinprobe des Weinguts in Edesheim wurden neun erlesene Produkte aus roten Rebsorten zusammengestellt. Die Bandbreite reicht vom im eigenen Weingut hergestellten Premium-Sekt aus klassischer Flaschengärung bis zur kräftig-gereiften Rotweinkomposition. Ralf Anselmann persönlich wird durch fachkundige Anleitung tiefere Einblicke in die Welt der Weine geben.

Das Weinmuseum ist bundesweit das älteste Museum zu diesem Thema. Gegründet wurde es 1910 unter anderem auf Initiative des Weinhistorikers und Weingutbesitzers Friedrich von Bassermann-Jordan.

Es bewahrt eine umfangreiche Sammlung vom ältesten Wein nördlicher der Alpen bis hin zum modernen Dubbeglas. Jahrhundertalte Kellern, Fässer und Gefäße geben einen faszinierenden Einblick in die Welt des wichtigsten Pfälzer Kulturguts. In den



kommenden Jahren wird das Weinmuseum grundlegend erneuert.

Die neue Ausstellung wird den gesellschaftlichen Wandel der letzten 100 Jahre mit Blick auf die Themen Regionalität, Tradition und verantwortungsvoller Konsum berücksichtigen. Weinbau und Weinkultur stehen dabei weiterhin im Zentrum. Darüber hinaus soll es ein Ort

des Austausches und des Erlebens werden. Im Rahmen der Weinprobe geben die Kuratoren einen exklusiven Einblick in die Planungen der Neugestaltung. Alle Einnahmen der Veranstaltung werden der Neugestaltung der Sammlungsausstellung „Weinmuseum“ des Historischen Museums der Pfalz zugutekommen.

Tickets zum Preis von 50

Euro pro Person sind an der Museumskasse und online erhältlich unter www.tickets.museum.speyer.de

Das Historische Museum der Pfalz ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Aktuelle Informationen zu Ausstellungen und Veranstaltungen finden sich unter www.museum.speyer.de

Text und Foto: Historisches Museum der Pfalz Speyer

Roberto Rizzi Brignoli bleibt über 2026 hinaus Generalmusikdirektor am Nationaltheater Mannheim

Bestehenden Vertrag um zwei weitere Spielzeiten verlängert

MANNHEIM. Zur Spielzeit 2023/24 übernahm der in Bergamo geborene Dirigent Roberto Rizzi Brignoli das Amt des Generalmusikdirektors am Nationaltheater Mannheim. Am Dienstag verlängerte er seinen bestehenden Dreijahresvertrag um zwei weitere Spielzeiten. Damit setzt er seine erfolgreiche Arbeit in Mannheim, die er 2023 aufnahm, bis zum August 2028 fort.

„Ich freue mich sehr, die Zusammenarbeit mit dem hervorragenden Orchester des Nationaltheaters, dem Opernensemble und Chor weiterzuführen und zu vertiefen. Auch bin ich sehr gespannt darauf, die neue Interimspielstätte Oper am Luisenpark vom Pult aus zu erleben und mit Mu-

sik zu befüllen, wie es jetzt erstmals unter meinem Dirigat bei der Premiere von La traviata passieren wird“, so Rizzi Brignoli. In der laufenden Saison wird der Generalmusikdirektor außerdem Puccinis Opernzyklus „Il Trittico“ und das 2., 3., 5. sowie 7. Akademiekonzert leiten.

Seine Expertise, insbesondere im Italienischen und französischen Opernfach, wird dem Mannheimer Publikum noch viele Sternstunden der Musik bescheren“, betont Operntendant Albrecht Puhlmann.

Kulturbürgermeister Thorsten Riehle äußert sich zur Vertragsverlängerung: „Dass die künstlerisch erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Nationaltheater und General-

musikdirektor Rizzi Brignoli weitergeführt wird, freut mich sehr. Er versteht es, das Publikum mit seinem Dirigat zu begeistern und das beeindruckende Potenzial des Orchesters zum Klingen zu bringen.“

Als Experte für italienisches und französisches Opernrepertoire gastierte Roberto Rizzi Brignoli an renommierten Häusern und Festivals, darunter an der Metropolitan Opera in New York und der Staatsoper Stuttgart, an La Monnaie in Brüssel, am Concertgebouw Amsterdam, an der Opéra de Lille und der Opéra de Lausanne, am Bolschoi-Theater, am Teatro dell'Opera di Roma, am Teatro Real de Madrid sowie an den Chorégies d'Orange und der Deutschen Oper Berlin,

mit der ihn eine langjährige Zusammenarbeit verbindet.

Auch im Konzertbereich ist er ein gefragter Interpret, dessen Repertoire symphonische Werke der Klassik, Romantik und Moderne umfasst. Er arbeitete mit zahlreichen bedeutenden Klangkörpern zusammen, darunter dem Orchestra dell'Arena di Verona, dem Orchestra Sinfonica del Teatro dell'Opera di Roma, dem Orchestra Teatro Carlo Felice in Genua, um nur einige Beispiele zu nennen.

Roberto Rizzi Brignoli absolvierte sein Studium am Mailänder Konservatorium Giuseppe Verdi. Am Teatro alla Scala arbeitete er u. a. mit Riccardo Muti zusammen und dirigierte dort zahlreiche Inszenierungen.

Schifferstadter Tagblatt - Die leserwerten Seiten von Schifferstadt!

ROMAN



Veröffentlicht als Diogenes Taschenbuch, 2022. Alle Rechte vorbehalten. Copyright © AC Zürich. www.diogenes.ch. ISBN 978 3 257 24660 5

Folge 52

Er konnte Leute nicht ausstehen, die sich rücksichtslos überall durchsetzen: ihre Arroganz, ihre Verachtung für Schwächere, ihre dreiste Zuversicht, ihnen stünde mehr zu als den anderen. Wer sich ihnen entgegenstellt, provoziert sie, und wer sie provoziert, hat schon verloren. Und wenn er Borgato herausforderte, brachte Brunetti womöglich dessen Neffen Marcello in Gefahr. Er fand die Homepage von

Borgato Trasporti und wählte die Nummer. Eine Männerstimme meldete sich neutral mit dem Namen der Firma.

»Guten Tag, Signore. Hier spricht Ingegnere Francesco Pivato von Mobilità e Trasporti. Ich würde gern mit Signor Borgato sprechen, wenn es möglich ist.«

Der andere ließ sich Zeit, ehe er sagte: »Am Apparat.«

»Ah, dann guten Tag, Signor Borgato«, schaltete Brunetti freundlich auf Veneziano um. »Es gibt hier ein Problem, das würde ich gern mit Ihnen besprechen.«

Nach kurzer Pause fragte die Stimme: »Was wollen Sie von mir?«

Brunetti lachte nervös. »Das weiß ich selbst nicht so genau, Signor Borgato.«

»Was soll das denn heißen?«, fuhr Borgato ihn an.

»Ich finde ja, eigentlich ist das ein Fall für die Polizia Municipale, nicht für uns«, kehrte

Brunetti den pingeligen Beamten heraus. »Es geht um ein Boot, das zwar Ihnen gehört, aber dieselbe Zulassungsnummer hat wie eins, das auf einen Besitzer in Chioggia eingetragen ist.«

Wieder kam Borgatos Antwort erst nach geraumer Zeit. »Unmöglich«, sagte er grob, schien sich dann aber darauf zu besinnen, mit wem er sprach. Er fragte nicht mehr ganz so unfreundlich: »Und was kann man da machen?«

»Das habe ich unseren Direktor auch gefragt, Signor Borgato«, spielte Brunetti den Verzweifelten. »Er sagt, die Sache sei klar. Ist sie aber nicht, deshalb wende ich mich jetzt an Sie.«

»Angst vor Ihrem Boss, was?«, spottete Borgato.

Brunetti fand, jemand wie Ingegnere Pivato müsse sich häufig Provokationen gefallen lassen, und erklärte gleichmü-

tig: »Ich versuche nur, unsere Akten in dieser Angelegenheit zu schließen, Signore. Die Sache zieht sich schon seit Monaten hin.« Brunetti schwenkte auf verärgerte Ungeduld um. »Ich dachte, wir könnten das schneller erledigen, wenn ich direkt mit Ihnen spreche.« Er legte eine Kunstpause ein. »Sonst bleibt uns nichts anderes übrig, als das Ganze an die nächsthöhere Stelle weiterzuleiten.«

Borgato zögerte, kam seinem Gegenüber dann aber mit dem Sarkasmus der Starken. »Und wie soll das gehen?«

»Sie könnten natürlich einfach bei uns vorstellig werden, Signore, und ...«

»Ausgeschlossen«, fuhr Borgato erwartungsgemäß dazwischen. »Wenn Sie mich sprechen wollen, kommen Sie her.« Auch damit hatte Brunetti gerechnet. Die Chance, einen so offenkundigen Schwächling ein bisschen he-

rumzuschubsen und diesen Bürokraten zu zeigen, wo der Hammer hängt, so einen Spaß würde Borgato sich nicht entgehen lassen.

Brunetti ließ ein gedämpftes »Ah« vernehmen und raschelte laut mit den Papieren auf seinem Schreibtisch. »Ich könnte nach dem Mittagessen kommen, Signor Borgato. Gegen drei?«, fragte er unterwürfig.

»Ich habe zu tun. Kommen Sie um vier«, sagte Borgato und hängte ein.

Brunetti hatte Paola versprochen, zum Essen nach Hause zu kommen. Auch seine Kinder waren da, was mittlerweile seltener vorkam, da ihre Pflichten und ihre Freunde immer mehr Zeit beanspruchten. Gelegentlich bekam er mit, wie neue Freundschaften entstanden, bei Tisch wurden Namen von Kameraden erwähnt, ihre

Eigenschaften beschrieben und gelobt, ihre Meinungen dargelegt, anfangs immer begeistert, dann differenziert, ja bisweilen kritisch erörtert. Er hörte vom Familienleben mancher dieser befreundeten Kinder, denn Kinder waren sie für ihn und Paola immer noch. Die meisten ihrer Familien kamen aus der Mittelschicht: gingen ins Büro, reisten, machten Anschaffungen.

Manchmal fragte Brunetti sich, was seine Kinder den Freunden wohl von ihm und Paola erzählten. Polizist, egal, welchen Rang man bekleidete oder wie ungewöhnlich das sein mochte, das war schließlich kein Beruf wie Arzt oder Anwalt. Paola hingegen, mit ihrer Professur, fügte sich ohne weiteres in die Reihen der Akzeptablen und Angesehenen. Und die gesellschaftliche Stellung ihrer Eltern stand in der öffentlichen Wertschät-

zung selbst Universitätsabschlüsse aus.

Aus diesen Gedanken auftauchend, hörte er Chiara sagen: »Vorige Woche, im Bus von Mestre, fingen zwei Jungen plötzlich an, einen alten Mann zu beschimpfen. Ohne jeden Grund. Pöbeln herum, er sei zu nichts nütze und solle ihnen den Gefallen tun und sterben.«

»Wie alt war er?«, fragte Paola entsetzt.

»Weiß ich nicht«, antwortete Chiara. »Schwer zu sagen, wie alt alte Leute sind.« Sie überlegte. »Sechzig, vielleicht.«

Brunetti und Paola tauschten Blicke, sagten aber nichts.

»Und dann?«, fragte Raffi zwischen zwei Happen Pasta.

»Er hat sie nicht beachtet und weiter seine Zeitschrift gelesen.«

»Und?«

Fortsetzung folgt

Neue Verordnung bereitet Kaffeeröstereien Sorgen

Die EU will, dass für Lebensmittel kein Wald mehr abgeholzt wird. Kaffee-Importeure kritisieren die neue Regel heftig. Sie könnte auch Auswirkungen auf die Preise haben.

»

Für einen erfolgreichen internationalen Waldschutz müssen auch Agrarrohstoffe entwaldungs- und waldschädigungsfrei produziert werden.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Von Elisabeth Saller

MAINZ/BERLIN. Kaffee könnte künftig für die Konsumenten teurer werden. Das befürchten Kaffeeröster, große Importeure und kleine Betriebe. Sie begründen dies mit einer neuen Verordnung der Europäischen Union, die ihnen Probleme bereiten wird. Dabei stehen alle hinter dem Ziel der Verordnung: Die Abholzung verringern, etwa im Amazonas. Die neuen Regeln sind nach Ansicht der Kaffeeröster ein Beispiel für: gut gemeint, aber schlecht gemacht.

Für landwirtschaftliche Produkte, die in der EU konsumiert werden, werden an anderen Orten der Welt häufig Wälder gerodet. Bis zu 90 Prozent der globalen Entwaldung gehen nach Angaben der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen auf die Landwirtschaft zurück. Ein Grund dafür sei die große Nachfrage nach Rohstoffen wie Kaffee, Palmöl, Soja und Kakao, die vor allem in der USA, in China und in der EU verzehrt werden.

„Für einen erfolgreichen internationalen Waldschutz müssen auch Agrarrohstoffe entwaldungs- und waldschädigungsfrei produziert werden“, schreibt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, die in Deutschland für die Umsetzung der „EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte“, kurz EUDR, zuständig ist. Die Bauern sollten künftig eine Sorgfaltserklärung abgeben, die versichert, dass für ihr Produkt nach dem 31. Dezember 2020 kein Wald gerodet oder geschädigt worden ist. Wer dem nicht nachkommt, muss mit hohen Strafen von mindestens vier Prozent des Jahresumsatzes in der EU rechnen. Umweltverbände wie der World Wide Fund For Nature (WWF) und Greenpeace befürworten die Regelung, aber Farmern, Importeuren und Röstern bereitet sie Kopfzerbrechen.

Die EUDR gilt als komplexes Regelwerk. Die Produzenten müssen Geodaten zu ihren Anbauflächen liefern, doch bislang fehle die Schnittstelle zur EU-Datenbank, berichtet die Lebensmittel-Zeitung. Branchenverbände kritisieren, dass es keine Hilfestellungen für die Drittstaaten gebe, Leitlinien fehlen würden.

Ist das Geforderte überhaupt zu leisten?

„Völlig weltfremd“ bezeichnet Norbert Becker von der Mainzer Kaffeemanufaktur die neuen Regeln. Die Idee, den Wald in den Erzeugerländern zu schützen, sei richtig, betont Becker. Die Umsetzung aber empfindet er „wie einen Schnellschuss“. Becker bezieht seine Kaffeebohnen häufig direkt von den Bauern in Guatemala, Sumatra, Äthiopien, Brasilien. Insgesamt aus 18 Ländern. In vielen dieser Länder hätten die Bauern nicht die Daten, die die EU von ihnen verlange, und seien auch nicht



Flächen anbauen, sondern weil die notwendigen Daten fehlen würden. Aber auch andere Branchen wie die Süßwaren-Industrie äußern wegen des Kakao-Kritik an der EUDR.

Aufschub soll Beteiligten Zeit zur Umsetzung bringen

„Natürlich ist Entwaldung ein Riesen-Problem. Jede Minute verschwindet Wald im Umfang von elf Fußballfeldern“, teilt der EU-Abgeordnete Peter Liese (CDU) aus Südwestfalen mit. Viele Voraussetzungen zur Anwendung der Richtlinie seien nicht klar und viele Drittstaaten würden sich zu recht beklagen. „Wir müssen eine unbürokratische Umsetzung sicherstellen“, meint der Liese, Sprecher der EVP-Fraktion im Umweltausschuss.

Vor allem Kleinbauern bräuchten mehr Unterstützung.

Ursprünglich sollte die EUDR-Verordnung für große und mittlere Unternehmen ab 30. Dezember gelten und für Klein- und kleine Unternehmen ab 30. Juni 2025. Anfang Oktober hat die EU eine Verschiebung um zwölf Monate angekündigt. Die Kommission sieht darin „eine ausgewogene Lösung, um Betreiber auf der ganzen Welt bei der Gewährleistung einer reibungslosen Umsetzung von Anfang an zu unterstützen“, heißt es in einer Mitteilung der EU-Kommission.

Diese Verschiebung helfe allen im Kaffeesektor in der Vorbereitung auf die EUDR, insbesondere den Kleinbauern in vielen Anbauländern, für die die Vorbereitungszeit zu kurz gewesen sei, sowie der EU selbst, die etliche Monate hinterherhinke, ihre eigenen Hausaufgaben zur Umsetzung der EUDR zu machen, meint Preibisch vom Deutschen Kaffeeverband. Berichten zufolge hat Brasilien Druck auf die EU ausgeübt.

Der Verlängerungsvorschlag stelle in keiner Weise die Ziele oder den Inhalt des Gesetzes infrage, so die EU-Kommission. Der Verschiebung hat der Europäische Rat zugestimmt. Das Europäische Parlament muss diese noch billigen. „Dieser Aufschub wird es Drittstaaten, Mitgliedstaaten, Wirtschaftsbeteiligten und Händlern ermöglichen, ihren Sorgfaltspflichten in vollem Umfang nachzukommen“, teilen die EU-Staaten mit.

Kaffeeröster Becker meint, der Aufschub helfe nur, wenn nochmal am Konzept der EUDR gearbeitet werde. Die Umsetzung müsse viel einfacher werden für die kleinen Bauern. Er hat die Sorge, dass sie ihren Kaffee sonst in andere Länder verkaufen – oder anderes anbauen, Coca etwa, um Drogen herzustellen. „Auch damit lässt sich Geld verdienen“, sagt Becker. „Die Frage ist, ob die EU das will.“

KAFFEE: STEUERLICH SPANNEND

► Die deutsche Zollverwaltung erhebt jährlich rund eine **Milliarde Euro Kaffeesteuer**. Das trägt dazu bei, staatliche Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse weiterhin aufrecht erhalten zu können. Dabei ist der verwendete Rohkaffee an sich nicht kaffeesteuerpflichtig. **Erst durch den Röstvorgang wird der Kaffee zum Steuergegenstand** und es werden pro Kilogramm Kaffee 2,19 Euro Kaffeesteuer fällig. Wird Kaffee aus dem Ausland importiert, müssen Gewerbetreibende eine entsprechende Erlaubnis zum Bezug von Kaffee beantragen.

► Mit einem durchschnittlichen **Pro-Kopf-Verbrauch von 169 Litern** ist Kaffee das beliebteste Heißgetränk der Deutschen. Doch nicht nur heute erfreut sich der Kaffee seiner Beliebtheit. Bereits im 18. Jahrhundert war Kaffee ein nachgefragtes Genussmittel. Der Kaffeekonsum stieg im 18. Jahrhundert so stark an, dass im preußischen Königreich die **private Einfuhr von Kaffee verboten und ein Kaffee-monopol errichtet** wurde.

► Im Jahr 1787 wurde das Monopol abgeschafft und der Einfuhrzoll auf Kaffee eingeführt. Dieser war bis zur Gründung des deutschen Reiches 1871 **eine der größten Einnahmequellen der deutschen Staaten**. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gelang es jedoch nicht, neue Kaffeetzölle festzulegen. Daher wurde aus dem Einfuhrzoll eine Verbrauchsteuer, wie wir sie heute kennen. Seit 1949 fließen die Steuereinnahmen der Kaffeesteuer dem Bund zu.

»

Wir erleben, dass zahlreiche Länder die Regelungen der EU-Verordnung als übergriffig und bevormundend empfinden, manche sprechen gar von Neokolonialismus.

Holger Preibisch, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Kaffeeverbandes

in der Lage, sie zu liefern. In manchen Ländern sei es üblich, sich ein Stück Land zu „nehmen“ und zu bewirtschaften. Becker erzählt: „Der Bauer sagt: ‚Ich habe keinen Baum umgeholt.‘ Später kommt einer und sagt: ‚Stimmt nicht.‘“ Zudem sei es nicht möglich, von Europa aus die Einhaltung der Regeln zu kontrollieren, findet der Kaffeeröster, dessen Betrieb es seit 1926 gibt und den er seit 21 Jahren führt.

Deutschland ist nach Angaben des hiesigen Kaffeeverbands mit 1,1 Millionen Tonnen im Jahr nach den USA der zweitgrößte Kaffeimporteur der Welt. Der Rohkaffee kommt aus 15 bis 20 Ländern, der Hauptanteil entfällt auf Brasilien (30 Prozent) und Vietnam (20 Prozent).

Auch der Deutsche Kaffeeverband, der eigenen Angaben zufolge 360 Unternehmen vertritt, übt Kritik. „Wir erleben, dass zahlreiche Länder die Regelungen der EUDR als übergriffig und bevormundend empfinden, manche sprechen gar von Neo-

»

Natürlich ist Entwaldung ein Riesen-Problem. Jede Minute verschwindet Wald im Umfang von elf Fußballfeldern.

Peter Liese, EU-Abgeordneter (CDU)

kolonialismus“, berichtet Hauptgeschäftsführer Holger Preibisch. Nur 20 Prozent der Farmer könnten die Vorgaben erfüllen. Der Schutz der heimischen Wälder stelle eine Kernaufgabe des jeweiligen Landes dar, meint er. „Zugleich ist uns bewusst, dass gerade, weil es nicht allen Ländern gelingt, die illegale Abholzung zu stoppen, die EUDR von der EU eingeführt wurde“, sagt Preibisch. Mit Satellitenbildern sollen die Angaben der Bauern kontrolliert werden. Er fände eine Kontrolle vor Ort im Land besser, sagt er. Liefern die Bauern die Daten nicht, dürfte er ihre Kaffeeboh-

nen nicht mehr kaufen, sagt Kaffeeröster Becker. Dann würde die Ernte in die USA und nach China gehen, wo es keine solchen Verordnungen gebe.

Der Unternehmer befürchtet, dass in der EU künftig nur noch Kaffee aus ein paar Ländern erhältlich sei, in denen die Bauern die Vorgaben erfüllen können. Weniger Kaffeimport bedeute, dass der Preis steige, meint Becker. Dem widerspricht die EU-Kommission in einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur: Es seien keine Tatsachen bekannt, dass die Verordnung Lebensmittelpreise anheizen würde. Man rechne mit sehr begrenzten Auswirkungen auf die Preise, so die EU-Kommission.

Aber auch selbst, wenn die Bauern sich bemühen, ist die Umsetzung der Richtlinie schwierig. Becker berichtet von einem seiner Farmer aus Guatemala, der an die EU Fragen zu den Daten geschickt habe. Eine Antwort habe der Mann nicht erhalten. Dass kein Wald abgeholzt wird, könnte man auch anders erreichen, meint Becker. Er schlägt vor, die Entwicklungshilfe in Ländern, die dem nicht nachkommen, zu streichen. Etwa für Brasilien.

Auch die großen Kaffeimporteure wehren sich gegen die EUDR. Bei Tchibo heißt es etwa, dass eine Vielzahl der 12,5 Millionen Kaffeefarmer bis Ende 2024 nicht die geforderten Geodaten bereitstellen könnten. Damit würden insbesondere Kleinfarmer vom EU-Markt ausgeschlossen, und zwar nicht, weil sie ihren Kaffee auf entwaldeten



Kaffeeröster Norbert Becker könnte den einen oder anderen Bohnenlieferanten verlieren, wenn eine neue EU-Verordnung gültig wird.

Foto: Sascha Kopp



Der Sinn des Lebens ist erfüllt, wo Liebe ist.

Hildegard Pfrenge

* 14. September 1938 † 19. September 2024

Herzlichen Dank

an alle, die sich mit uns verbunden fühlen und ihre Anteilnahme auf vielfältige Weise zum Ausdruck brachten. Auch möchten wir uns für das Rosenkranzgebet bedanken. Zudem gilt unser Dank dem Bestattungsunternehmen Schmitt aus Speyer für die besondere Begleitung, als auch Herrn Pastoralreferent Schmith für die tröstenden Worte.

In Liebe und Dankbarkeit
Claudia und Ulrike

Schifferstadt, im Oktober 2024

Jahrgedächtnis.



Mit einer Anzeige an liebe Menschen erinnern.

Infos:

anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de
oder Telefon 06235/92690

Schifferstadter Tagblatt

Ihre Lokalzeitung in Schifferstadt. Seit 1905!

TRAUERANZEIGEN UND DANKSAGUNGEN



Bei der Gestaltung Ihrer Traueranzeige oder Danksagung berät Sie Ihr Bestattungsinstitut in unserem Namen sehr gerne.

Wir führen eine große Auswahl an Trauerkarten, Trauerdankkarten, Trauerbriefen und Sterbebilder. In der Anfertigung der Drucksachen sind wir schnell und zuverlässig.

Ihr Servicetelefon

0 62 35/92 69-0

Schifferstadter Tagblatt



Lokal.
Regional.
Digital.

Die Lokalzeitung für Schifferstadt. Seit 1905. Amtsblatt der Stadt Schifferstadt.

**Sie haben die Wahl:
Print – Digital – AboPlus – E-PaperPlus**

Ihre Abo-Möglichkeiten:

- AboPlus (Print + E-Paper) zum Preis von 31,50 Euro/Monat
- E-Paper zum Preis von 25,50 Euro/Monat
- Klassisches Print-Abonnement zum Preis von 29,50 Euro/Monat
- Wochenend-Abo: Freitag/Samstag und Montag für 17,00 Euro/Monat
- E-PaperPlus: E-Paper mit Print-Wochenend-Ausgabe für 26,50 Euro/Monat
- Ich möchte das Schifferstadter Tagblatt 14 Tage Probelesen. Die Zustellung endet automatisch. (Vorbehaltlich Preisänderung)

Klassisch:
Gedruckte Zeitung
zum Preis von
29,50 Euro
pro Monat
(Post 32,00 Euro)
(vorbehaltlich Preisänderung)



E-Paper
zum Preis von
25,50 Euro
pro Monat
(vorbehaltlich Preisänderung)



AboPlus
Gedruckte Zeitung
+ E-Paper
zum Preis von
31,00 Euro
pro Monat
(vorbehaltlich Preisänderung)

Wochenend-Abo:
Freitag/Samstag/Montag
zum Preis von
17,00 Euro
pro Monat
(vorbehaltlich Preisänderung)

E-Paper-Plus:
E-Paper-Abonnement mit
Print-Wochenend-Ausgabe
(Samstag)
zum Preis von
26,50 Euro
pro Monat
(vorbehaltlich Preisänderung)



Meine Heimat.
Meine Stadt.
Meine Zeitung.

Online abonnieren unter: www.schifferstadter-tagblatt.de/abo oder Telefon 06235/92690